

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeilungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ersteilung täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonellehre über deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. April 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Die Geschichte eines Gewerkschafts-Prozesses.

London, 17. April.

Die Lordrichter beschäftigten sich gestern mit einem der gewerkschaftsfeindlichen Prozesse, die zu den Kennzeichen der letzten zehn Jahre konservativ-imperialistischer Regierungswiese gehören. Es handelte sich um eine Klage auf 60 000 Pfund Sterling (1,2 Millionen Mark) Schadenersatz gegen den Verband und die Führer der südwalisischen Bergleute, die im Jahre 1900 und 1901 fünf Ruhetage angeordnet hatten, um die Kohlenpreise und die Vergarbeiterlöhne aufrechtzuerhalten. Das Urteil der ersten Instanz, abgegeben vom Richter Bigham am 7. August 1902, fiel zugunsten der Bergleute aus. Die Kläger legten Berufung ein, die am 12. August 1903 mit der Umstufung des Urteils der ersten Instanz endigte, worauf die Bergleute an die Lordrichter appellierten, die gestern das Urteil der zweiten Instanz bestätigten. Der südwalisische Vergarbeiterverband ist demgemäß endgültig zur Zahlung des Schadenersatzes verurteilt worden.

Dem Prozesse lag folgender Sachverhalt zu Grunde: In den letzten 25 Jahren wurden die Löhne in Südwales auf Grund der gleitenden Skala reguliert, d. h. dem Steigen und Fallen der Kohlenpreise entsprach ein Steigen und Fallen der Arbeitslöhne. Im allgemeinen darf man sagen, daß Unternehmer und Arbeiter sich gemeinschaftlich bemühten, einen Preisfall zu verhindern. Demgegenüber haben die Kohlenhändler und Zwischenpersonen, die vom südwalisischen Kohlenexport leben, ein starkes Interesse daran, den Kohlenpreis in Südwales herabzubringen, um billig zu kaufen und teuer zu verkaufen.

Zu jener Zeit waren die südwalisischen Bergleute nicht organisiert, da sie sich auf das automatische Arbeiten der gleitenden Skala verlassen. Die Leute wurden schlecht behandelt, die Arbeitszeit war lang und auch in der Befestigung der Löhne fehlten sich die Arbeiter benachteiligt. Im April 1898 kam es dort zu einem allgemeinen Streik, der bis Ende August dauerte und mit einer Niederlage der Arbeiter endete. Erst dieser Schlag führte zur Gründung einer starken Vergarbeiterorganisation und zu ihrem Anschluß an den Vergarbeiterverband Großbritanniens. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wurden zwischen den Unternehmern und Bergleuten neue Verträge mit dreijähriger Kündigungsfrist abgeschlossen, ebenso wurde eine aus Kapitalisten und Arbeitern bestehende Kommission gebildet, um die gleitende Skala zu regulieren. Der Verband der Bergleute nahm einen raschen Aufschwung und umfaßte bald die große Mehrheit der in den südwalisischen Kohlengruben beschäftigten Arbeiter.

Im November 1900 sahen die Leiter des Verbandes, daß die Kohlenexporteure mehr denn je bemüht waren, den Kohlenpreis herabzubringen. Da diese Spekulationen eine Herabsetzung der Löhne zur Folge haben mußten, so beschloß die Verbandsleitung, die Produktion einzuschränken. Zu diesem Zwecke wurde ein Ruhetag (stop-day) angeordnet. Die Vergewaltigten protestierten gegen die willkürliche Anordnung von Ruhetagen; sie gaben jedoch zu, daß die Führer des Verbandes im guten Glauben gehandelt und nicht die Absicht gehabt hätten, die Unternehmer zu schädigen. Ein Jahr später ordneten die Verbandsführer abermals einige Ruhetage an, aber diese Anordnung führte zu einer Klage von Seiten der Vergewaltigten, um Schadenersatz zu erhalten für den auf ungelegliche und böswillige Weise herbeigeführten Kontraktbruch.

Die Klage beruhte auf dem berücksichtigten Taff-Wale-Entscheid, der im Prozesse der Eisenbahn am 22. Juli 1901 abgegeben wurde und die Gewerkschaft als solche für den von ihren Mitgliedern zugefügten Schaden verantwortlich macht.

Der erste Termin des hier besprochenen südwalisischen Gewerkschaftsprozesses fand im Sommer 1902 statt und endete mit der Zurückweisung der Klage, da das Gericht annahm, ein Kontraktbruch sei nur dann klagbar, wenn die Kontraktbrüchigen mit bösem Willen und in der Absicht, die andere Partei zu schädigen, gehandelt haben. Dieser böse Wille sei in diesem Prozesse nicht vorhanden; die Bergleute streikten nicht gegen die Vergewaltigten, sondern gegen die außerhalb des Kontrats stehenden Zwischenhändler; hinzu komme noch, daß die Hochhaltung der Preise, auf die die Arbeitseinstellung abzielte, auch im Interesse der Unternehmer gelegen sei. Schließlich meinte der Richter, es sei im sozialpolitischen Interesse der Nation gelegen, daß sich Unternehmer und Arbeiter mit einander vertragen und Gewerkschaftsprozesse vermieden. Es war auch dieser sozialpolitische Gedanke, der das freisprechende Urteil diktiert hat. Allein der gute Wille und das sozialpolitische Gewissen einzelner Personen können die Grundlagen der modernen Gesellschaft nicht umstürzen. Für die Vergewaltigten war der Prozess nicht eine Frage des sozialen Friedens, sondern eine Frage des Eigentumsrechts. Sie fragten: haben Arbeiter ein Recht, störend in den Arbeitsprozess einzugreifen, oder nicht? Die Kläger wandten sich deshalb an das Appellgericht, das im August 1903 das Urteil der ersten Instanz umstieß, indem es annahm, daß ein Vertragsbruch vorliegt, für den die Gesamtgewerkschaft auf Grund des Taff-Wale-Entscheids verantwortlich sei.

Die Bergleute wandten sich sodann an den Rechtsauschuss des Oberhauses als die höchste Instanz. Die Lordrichter schlossen sich am 14. April 1905 dem Urteile des Appellgerichts an und verurteilten den Verband der südwalisischen Bergleute zur Zahlung des Schadenersatzes nebst Kosten.

Die Kläger verlangten ursprünglich 100 000 Pfund Sterl. (über 2 Millionen Mark), einigten sich aber im Sommer 1904 auf circa 60 000 Pfund Sterl. —

Hoffentlich ist dies einer der letzten großen Gewerkschaftsprozesse, die die ganze Existenz des Trades-Unionismus be-

drohten. Am 8. April 1905 nahm das Unterhaus mit einer Mehrheit von 122 Stimmen die zweite Lesung der neuen Gewerkschaftsvorlage an, deren Zweck es ist, derartige Prozesse unmöglich zu machen. Die Vorlage befindet sich gegenwärtig in der Kommissionsberatung. Der erste Abschnitt, der das friedliche Streikposten stehen einer oder mehrerer Personen legalisiert, wurde vor einigen Tagen von der Kommission angenommen. Die größte Schwierigkeit wird der dritte Abschnitt der Vorlage bereiten, der die Verantwortlichkeit der Gesamtgewerkschaft beseitigen will. Die Annahme dieses Abschnittes würde den Taff-Wale-Entscheid ein für allemal beseitigen und den Gewerkschaftsprozessen ein Ende machen.

### Helden.

Dieselbe unbeugsame, stille Entschlossenheit, die alle Märtyrer des russischen Freiheitskampfes auszeichnet, besetzt auch den Richter des Großfürsten Sergius. Was will aller blutiger Kriegerdum bedeuten gegenüber dem schlichten Todesmut dieses Mannes, der als Einzelner wehrlos die Brust dem gigantisch organisierten Verbrechen des Zarismus öffnet. So wissen nur Menschen zu sterben, die ganz einer heiligen Sache ergeben sind. Das ist der Heldentod, der einer endlichen Auferstehung der Mission, für die er erlitten ward, gewiß ist. So stirbt man am Kreuze einer großen Idee, damit sie lebe!

Selbst der verkommenen Scherzpresse flößt der russische Freiheitskämpfer Achtung ein. Ihr wird aus Petersburg telegraphiert:

Kolajew hatte seinen Verteidigern Wandelstamm und Schdanow das Ehrenwort abgenommen, daß sie keine Appellation anmelden und keine Bitte um Milderungsgründe vorbringen würden. Das selbe tat er auch bei seiner Begegnung mit Mutter und Schwester. Bei der Verlesung des Urteils wurden die Türen des Gerichtssaales zwar geöffnet, doch das Publikum nicht zugelassen. Die ganze Gerichtsverhandlung hatte bis dahin bei geschlosseneren Türen stattgefunden. Nur die Mutter Kolajews durfte der Verhandlung bis zum Schluß beiwohnen, seiner Schwester wurde die Erlaubnis hierzu nicht erteilt. Kolajew hörte das Urteil vollkommen ruhig an und erklärte, daß er damit durchaus zufrieden sei; er wünsche nur eines, daß man ihn öffentlich am hellen Tage richten möge. Seine Mutter, die der ganzen Verhandlung ruhig und gefest gefolgt war, brach beim Wunsch ihres Sohnes in lautes Schluchzen aus. „Keine Raffation und keine Gnade!“ waren Kolajews letzte Worte im Gerichtssaal.

### Die agrarische Bewegung

beginnt nun auch den Südwesten zu ergreifen. So haben die Bauern in der Umgegend von Orgevo Ansprüche auf Gutland erhoben und begannen das Land des Gutbesizers Rafurow für sich zu bearbeiten. Zur Schlichtung des Streites zwischen dem Gutbesitzer und den Bauern hat der Gouverneur den Adelsmarschall delegiert, doch haben dessen Vermählungen vorläufig zu keinem Resultat geführt.

Die Bauern sind mehr erregt als zuvor und die Erregung beginnt auf die benachbarten Dörfer überzugehen. Als Herr Rafurow selbst sein Land bearbeiten wollte, wurde er von den Bauern mit seinen Arbeitern verjagt. Gegenwärtig sind Dragoner auf dem Rafurowischen Gute eingetroffen.

### Judenhetzen.

Etwas Unheimliches bereitet sich in Miskinetz vor. Neuerlich ist zwar alles ruhig, doch ist die Bevölkerung durch zahlreiche Proklamationen, die zu einer Judenhetze auffordern, in Furcht versetzt. Seit einigen Tagen durchziehen militärische Patrouillen die Straßen der Stadt. Auch die Bevölkerung trifft Maßnahmen zur Selbstverteidigung; sie bewaffnet sich.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. April.

#### Die Marokkanerei

hat einige neue Szenen, doch in der Sache gelangt die diplomatische Staatskunst noch immer nicht vom Fleck.

Am Dienstag hatte der französische Botschafter in Berlin, Herr Bihourd, im Auftrag seiner Regierung mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Herrn v. Mühlberg — der Staatssekretär v. Richtig ist in Berlin — eine Unterredung über Marokko. Aber der Unterstaatssekretär soll die Erklärungen des französischen Botschafters zunächst lediglich zur Kenntnis genommen haben, um sie an den Reichskanzler weiterzugeben. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt bisher nicht einmal die Lausache der Unterredung mit. Herr v. Mühlberg scheint nicht in den Stand gesetzt zu sein, dem französischen Botschafter irgendwelche die Sache fördernde Erklärungen zu geben.

Zufällig ist nunmehr die vom Grafen Bülow plötzlich so schmerzhaft vermehrte offizielle Mitteilung über das französisch-englische Abkommen erfolgt, so daß der Streitfall erledigt sein könnte. Will aber die deutsche Regierung mehr, glaubt sie Anlaß zur Beschwerde gegen bestimmte Handlungen Frankreichs in Marokko zu haben, was soll die fortgesetzte sinnlose Geheimkrämerei? Freilich, Graf Bülow erfreut sich einer bürgerlichen Presse, die in jeder Verherrlichung seiner Diplomatie eine Genialität bewundert. Herr Delcassé hat es weniger leicht; die Demokratie und insbesondere die Sozialdemokratie zwingen ihn, über den diplomatischen Geniestreich die kulturellen Interessen der Völker nicht völlig zu übersehen.

Herr Delcassé mußte am Mittwoch nach langem Ausweichen in der Deputiertenkammer Rede stehen. Er vermochte den gegen ihn andrängenden Sturm zu beruhigen, da er mitteilen konnte, daß er

Verhandlungen mit Berlin eingeleitet habe. Rouvier, der Ministerpräsident, teilte die Politik Delcassés und gab zugleich die Zusicherung: Wenn Deutschland weitere Vorschläge zur Ordnung der marokkanischen Verhältnisse zu machen beabsichtigt, Frankreich werde seine Ohren seinem Vorschläge verschließen und habe stets den Weltfrieden im Auge.

Es ist wahrlich Zeit, daß endlich auch die deutsche Regierung eine Diplomatie verläßt, welche, wenn selbst die Marokkofrage geregelt wird, auf lange hinaus Mißtrauen zwischen zwei Staaten sät, deren Völker die Mehrung gegenseitigen Vertrauens ersehnen. Wenn den üblichen Folgen diplomatischer Kunststücke vorgebeugt wird, so hat die Sozialdemokratie Frankreichs das erste Verdienst, indem sie mit den Fehlern ihres auswärtigen Ministers zugleich die Fehler der Bülowdiplomatie mildert und überwindet.

#### Französische Deputiertenkammer.

Paris, 19. April. (Telegramm.) Zur Beratung steht das vom Senat zurückgelassene Budget. Archedeacon und Castellane (Nationalisten) besprechen das englisch-französische Uebereinkommen betreffs Marokkos und geben der Befürchtung wegen der Haltung Deutschlands Ausdruck.

Jaurès (Soz.) führt aus, die Politik Delcassés in Marokko habe sehr bedeutende Schwierigkeiten herbeigeführt. Der einzige Ausweg in dieser Lage sei in einer direkten Verständigung mit Deutschland zu erblicken; er sei überzeugt, daß beide Mächte den Frieden wollen, und wirft Delcassé sein Schwert vor, welches die Lage vergifte. Warum es ablehnen, sich mit Deutschland zu verständigen? Der Verlust von Elsch habe nicht die Größe Frankreichs verkleinert.

Delcassé unterbricht den Redner und sagt, Frankreich habe es nicht abgelehnt, auf Erklärungen zu erwidern.

Jaurès antwortet: Man dürfe nicht Erklärungen verlangen, man mußte die Initiative ergreifen. Bestehen Sie nicht auf Ihrer Unvorsichtigkeit, sie wird Sie allen Bündnissen entfremden. Die Lage erfordert es, daß Sie Verhandlungen mit allen Mächten anknüpfen, wenn Sie uns nicht zu einem erniedrigenden Zustand weichen führen wollen. Wir wollen nicht, daß Frankreich die Folgen einer unheilvollen, verberberischen Politik zu tragen hat. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Bailant (Soz.) tadelt, daß Delcassé Deutschland nicht vom dem französisch-englischen Abkommen in Kenntnis gesetzt habe. Redner fragt, ob Delcassé alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen habe, damit die russische Flotte im fernem Osten die Neutralität Frankreichs nicht kompromittiere.

La Ferronnays (Lanf.) legt die Gefahren der Kolonialpolitik der Regierung dar und wünscht ein Einberufen mit Deutschland.

Minister des Reichens Delcassé führt aus: Die marokkanische Regierung hat am 8. April erklärt, sie nehme im Prinzip unsere Vorschläge an. Die Erörterung begann alsbald; die Verhandlungen schreiten fort. Unser Vertreter ist befriedigt. Was die Defosquille bezügliche unserer marokkanischen Politik im Hinblick auf das Ausland anbetrifft, so habe ich dem Vertreter Deutschlands gegenüber eine Erklärung abgegeben. Wenn meine Ausführungen nicht genügt, wäre ich bereit gewesen, sie zu vervollständigen. Ich bin bereit, alle Interessenten zu beruhigen. Der Vorwurf, ich habe den Forderungen nach Auffklärung nicht immer entsprochen, ist unbegründet. Der Minister erinnert an die Besorgnisse, die er beim Eintritt in das Ministerium gehegt habe, und erklärt, er habe Spanien seine guten Dienste zur Beendigung des Krieges mit den Vereinigten Staaten angeboten.

Schließlich weist Delcassé nochmals darauf hin, daß, wenn Deutschland seine Erklärungen nicht für genügend gehalten hätte, er bereit gewesen sei, jedes Mißverständnis zu beseitigen. (Beifall.)

Jaurès erklärt alsdann, daß Delcassé nach wie vor stumm bleibe, und verlangt, daß die Kammer sich unverzüglich vertage.

Delcassé erwidert, es gibt Dinge, die er hier nicht sagen könne.

Jaurès wiederholt, daß man alsdann die Kammer vertagen müsse.

Deschanel gibt hierauf einen historischen Ueberblick über die Marokkofrage und spricht den Wunsch aus, daß alle französischen Beamten in Marokko unter die Autorität des Sultans gestellt werden. Redner erinnert dann an die Reise des deutschen Kaisers und rät, sich mit Deutschland zu verständigen. Frankreich müsse in guten Beziehungen zu Deutschland und England stehen und nicht eine Macht der andern opfern. Redner betont alsdann die geschichtliche Politik Englands, die darin bestand, Frankreich die Verantwortlichkeit für das Eindringen in Marokko zu überlassen, und schließt mit der Bitte, daß die Regierung klug und fest handle.

Ministerpräsident Rouvier erinnert dann daran, daß das Parlament die auswärtige Politik Frankreichs gutgeheißen habe, und fährt fort: Man wirft uns vor, Deutschland über das englisch-französische Abkommen nicht unterrichtet zu haben, aber dann hätte man sämtliche Mächte benachrichtigen müssen; wir haben mit Deutschland eine Aussprache begonnen. Es handelt sich heute darum, zu wissen, ob die Kammer einen Wechsel der Personen beabsichtigt. (Verneinung auf der Linken und im Zentrum.) Rouvier schließt: Deutschland verlangt von uns, daß wir seine Interessen respektieren. Wir verlangen nichts Besseres. Wänigt man etwas anderes von uns, so möge man es sagen und wir werden die Frage prüfen. Was die Neutralität anbetrifft, von der Bailant sprach, so tun wir alles Erforderliche, um sie zu sichern. (Beifall.) Die Unterredungen mit Deutschland und die Verhandlungen dauern fort. (Beifall.)

Jaurès erklärt, ihn gelüste nicht nach einem Portefeuille.

In der Nachmittags Sitzung kritisiert Pressensé (Soz.) die Politik Delcassés. Es sei dadurch ein Fehler begangen worden, daß man Deutschland, das große Interessen in Marokko habe, nicht benachrichtigt habe. Redner spricht seine Freude darüber aus, den Zwischenfall beendet zu sehen ohne eine Erniedrigung Frankreichs, und billigt die Erklärungen, die Ministerpräsident Rouvier am Vormittag abgegeben hatte. (Beifall.)

Delcassé (Rechte) erklärt, Deutschland habe seine Haltung bezüglich Marokkos erst nach dem Mißgeschick Russlands und dem Krachen im Dreieck geändert. Delcassé stimmt den Erklärungen Rouviérs



zu, da Frankreich bei den Verhandlungen mit Deutschland nichts zu fürchten habe und schlägt: Wir alle wollen eine Politik des Friedens.

Damit wird der Gegenstand verlassen und die Budgetberatung wird fortgesetzt.

Wie tendenziös das offiziöse Depeschensbureau berichtet, bezeugt wieder das Schweigen über Vorlegungen Desschaneis, die durchaus erheblich sind. Im Verlauf der oben skizzierten Rede sagte, nach einem Telegramm des V. L., der bekannte frühere Präsident der französischen Deputiertenkammer:

„Zwischen den früheren Erklärungen des Grafen Wallow und den heutigen bestehe ein flagranter Widerspruch. Aber inzwischen habe die Schlacht bei Mulden stattgefunden. Man habe einen Vorwand gesucht, und der Minister des Aeußeren habe unrecht gehabt, ihn zu liefern.“

### Die Bergarbeiter als Spielzeug.

Die „Kölnische Volkszeitung“ nimmt Notiz von einer Korrespondenz, die sich als offiziös gibt und über die Absichten der Regierung verschiedene Behauptungen aufstellt.

Danach beanstandete die Regierung außer der Öffentlichkeit der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen und der Verwirklichung des rückständigen Arbeitslohnes beim Ausstände unter Kontraktbruch noch folgende Punkte: Die Beseitigung des sanitären Maximalarbeits-tages, die Berechtigung der Grubenleitung, einen Vergmann nach wiederholten Gelbfiebern sofort ohne Kündigung und Entschädigung zu entlassen und zuletzt, aber nicht am wenigsten die Bestimmung, wonach die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse von der Verpflichtung abhängig gemacht wird, daß weder der Ausschuss noch seine Mitglieder sich, vom politischen Wahlrecht abgesehen, politisch-agitatorisch betätigen dürfen. Alle diese Abänderungen müssen wieder rückgängig gemacht werden. Auch darüber soll bereits an den maßgebenden Stellen Uebereinstimmung bestehen, daß die Vorlage, in welcher Gestalt sie auch aus den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses hervorgehen möge, unter allen Umständen an das Herrenhaus gebracht, und daß dort der Versuch der Wiederherstellung des Regierungsentwurfs in allen erwünschten Punkten gemacht werden soll. Abwam würde die Vorlage an das andere Haus wieder zurückgehen müssen, und erst wenn dieses auch dann noch bei seinen früheren Beschlüssen verharren sollte, würde die Frage ernstlich erwogen werden, ob die Hälfte der Reichsgesetzgebung zur Verwirklichung der Reformen im Bergwerkswesen angeregt werden soll.

Was zunächst die angeblichen materiellen Beanstandungen angeht, so ist die Darstellung offenbar falsch. Die Beseitigung der Vorschriften über den Arbeitstag beanstandete die Regierung nicht, wie aus den Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Sonntag hervorgeht. Ebenso ist in dem genannten Regierungsblatt nachdrücklich erklärt worden, daß das Verbot politischer Betätigung gegenüber den Arbeiterausschüssen selbstverständlich sei. Bezüglich des Verbots der politischen Betätigung gegenüber den einzelnen Mitgliedern der Arbeiterausschüsse sagte daselbstel Blatt, daß das Verbot einer gewissen Art der politischen Betätigung ebenfalls selbstverständlich sei. Diese gewisse Art, das ist bekanntlich die Art, wie selbständige Arbeiter die politische Betätigung aufzufassen pflegen. Gegen die Kommissionsbeschlüsse in dieser Frage macht die „Norddeutsche“ nur noch formale Bedenken geltend. Das ist den Ultrantontanen so bekannt wie uns. Wenn trotzdem die „Kölnische Volkszeitung“ die lustigen Phantasien der erwähnten Korrespondenz als bare Münze übernimmt, so tut sie das nur in der Absicht, die christlichen Bergarbeiter bei guter Laune und in dem Glauben zu erhalten, daß von der Regierung immer noch etwas zu hoffen sei.

Diese Absicht läßt sich auch erkennen aus der Art, wie die „Kölnische Volkszeitung“ in der Frage der Anrufung des Reichstages den Bergarbeitern Sand in die Augen zu streuen sucht. Bekanntlich pflegt die „Kölnische Volkszeitung“ mit Eifer die Phantasie, die Regierung müsse und werde letzten Endes an den Reichstag appellieren. Deshalb ist ihr ja auch die zitierte Auslassung der angeblich offiziellen Korrespondenz willkommen. Und zu dem Zwecke nimmt sie auch Notiz von einem Artikel der „Verl. Pol. Nachr.“, den sie folgendermaßen zitiert:

Der selbe fordert die Mehrheit des Abgeordnetenhauses nochmals auf, der sozialpolitischen Vergessenenliste der Regierung entgegenzukommen. Es sei zwar nicht wahr, daß ein Gesetzentwurf bereits vorliege, der dem Reichstage unterbreitet werden könne, trotzdem aber tue das Abgeordnetenhaus gut daran, sich mit der Regierung zu einigen. Es würde das Ausbleiben einer Verständigung vorausichtlich Folgen haben, die der Abgeordnetenhauses Mehrheit nicht angenehm sein würden. Die Eventualität, daß im Reichstage nach einem etwaigen Scheitern der jetzigen Aktion im Landtage von einzelnen Fraktionen der Versuch gemacht werden würde, auf dem Wege der Reichsgesetzgebung Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter durchzusetzen, liege doch nicht außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit. Würden sich nun diese Bestrebungen innerhalb des Rahmens der von der preussischen Regierung jetzt dem Landtage vorgelegten Novelle halten, so würde der Reichstanzler, der doch gleichzeitig preussischer Ministerpräsident sei, unmöglich gegen sie an sich Front machen können.

Der von uns durch Sperdruud hervorgehobene Satz aus dem Zitat der „Kölnischen Volkszeitung“ lautet in Wirklichkeit in den „Verl. Pol. Nachr.“:

„daß die Regierung keinen Entwurf plant, der dem Reichstage vorgelegt werden soll, ist schon oft betont worden.“

Wenn die „Kölnische Volkszeitung“ den Satz richtig zitiert hätte, könnte sie sich natürlich nicht auf diesen Artikel für ihr Treiben berufen, denn er sagt klar, die Regierung beabsichtige unter keinen Umständen an den Reichstag zu gehen. Deshalb mündet ihn die „Kölnische Volkszeitung“ so, daß nur jetzt noch kein solcher Entwurf vorliege.

In Wirklichkeit ist der ganze Artikel der „Verl. Pol. Nachr.“ nur eine Bestätigung der von uns bisher vertretenen Ansicht, daß nur dann die Regierung zum Erlaß eines Reichs-Vergesetzes gezwungen werden könnte, wenn das Zentrum dem Reichstage formulierte Anträge vorlegte.

Was sonst noch in der zitierten, von der „Kölnischen Volkszeitung“ übernommenen Notiz über die Pläne der Regierung gesagt wird, ist auch nur ein triviales Spiel. Daß vom Herrenhause die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu erwarten sein könnte, das glaubt doch die „Kölnische Volkszeitung“ selbst nicht. Wohl aber wäre das Verfahren, wenn es wirklich geplant wäre, ein Mittel, die Bergarbeiter noch das ganze Jahr hindurch am Narrenfusse herumzuführen und sie von einem zum anderen zu verfrachten. Wer den Bergarbeitern sagt, daß sie auf dieses Gaukelspiel noch Hoffnungen setzen könnten, der begeht offenen Verrat an ihren Interessen.

Zum „sozialen Frieden“ rät die „Post“. Als Mittel dazu empfiehlt sie, daß die Unternehmer alle Mitglieder des Bergarbeiter-Berandes und aller Organisationen, die sich auf gleiche Weise betätigen, ausschließen sollen.

Zur Verhütung der Jugend. In der Nacht vom Freitag zum Samstag — so berichtet unser Königsberger Partei-Organ — war der Arbeiter Kiesel seinen Angehörigen auf dem Geheis-

plag damit beschäftigt, Baden für den kommenden Wochenmarkt aufzustellen. Eine Horde von etwa dreißig Studenten, die des Weges kam, machte sich nun das Vergnügen, die eben aufgestellten Holzbocke umzureißen und mitten auf die Straße zu werfen. Als sich der neunzehnjährige Sohn des Kiesel das verbat, wurde er von den Nohligen überfallen, zu Boden geschlagen und mit Stöcken mißhandelt. Ihm zu Hilfe kam seine Schwester, seine Mutter und schließlich auch sein Vater, der zu Beginn des Lärms in einem Keller gewesen, wo er seine Geräte aufbewahrt. Auch Frau Kiesel wurde zu Boden geschlagen und erhielt dann noch Stockhiebe! Als ihr Mann sie schützen wollte, erhielt er ebenfalls schwere Hiebe über Kopf und Arm, so daß er sich von einem Arzt verbinden lassen mußte. Der Nabal wütete über den ganzen Geselesplatz vom Rollberg bis zur Prinzeßstraße. Nur Schulleute waren nicht dabei. Schließlich machte sich ein Drohschiff auf den Weg, Schulleute zu suchen. Und es gelang ihm, nach einiger Zeit mit zwei Schulleuten zurückzukommen. Jetzt nahmen die studentischen Nabalrüder Reißaus. Bis auf den Paradeplatz mußten sie von den Schulleuten verfolgt werden. In die Hauskiren, hinter die Wände verflochten sich diese Blüten deutscher Nation, auf denen die Zukunft unserer Bourgeoisie ruht. Jedoch gelang es, vier von ihnen dingfest zu machen und nach der Junferstraße zu transportieren. Dort wurden ihre Namen festgestellt, dann wurden sie sofort entlassen.

Da die jungen Herren nur aus Vergnügen, gewissermaßen um die Ehre, die Ausschreitungen begingen, so wird man sicherlich nicht einen Guttel des Strafgesetzbuches in die Anlagenschrift bringen, wie es unvermeidlich der Fall wäre, wenn etwa im Kampf um tägliche Brot ringende Arbeiter ein paar Verräter etwas unfreundlich behandelt hätten. Hier ist's „jugendlicher Uebermut“, was bei Arbeitern je nachdem Verhütung der Jugend, bestialisches Verbrechen, stülpische Verwahrlosung, Wirkung sozialdemokratischer Verbeugung, Terrorismus, Landfriedensbruch, Aufruhr usw. ist. Der kategorische Imperativ für die studierenden Nohligen lautet eben: Nihilhande ohne Zweck! Das entschuldigt und adelt alles!

### Südwestafrikanische Verluste.

Berlin, 19. April. Nach Meldung des Generalleutnants v. Trotha aus Südwestafrika Major v. Storff die Verfolgung der Witbois 45 Kilometer südlich Kowise-Roll wegen Wassermangels aufgeben. Er wird Awabach am großen Kossob besetzt halten und vorläufig nach Gochas zurückgehen. Die Besatzung von Aminuis wird durch die 4. Kompanie Feld-Regiments 1 und eine halbe vierte Batterie aus Gochabis verstärkt werden.

In den Karassbergen wurde am 7. April südlich Kuradas die Pferdewache der Kompanie des Hauptmanns d'Arrest von einer zweihundert Mann starken Bande überfallen. Die Kompanie griff den Gegner an und kämpfte nach schwerem siebenstündigen Gefecht seine Stellung. Diesseits sind sieben Reiter gefallen, drei verwundet.

Patrouillegefechte fanden statt bei Ganda, fünfzehn Kilometer nordöstlich Bethanien, und bei Thannarob südlich des Padjian. Diesseitige Verluste betragen 1 Offizier, 1 Ober-veterinär, 8 Unteroffiziere und Reiter gefallen, 5 Reiter verwundet. Von den in Komassobland gemeldeten Hererohäufen hat ein Teil die Eisenbahn zwischen Windhut und Okahandja überschritten und sich nach Nordosten gewandt. Er wird durch die in Dithangwe stehende Kompanie und durch starke Offizierpatrouillen aus Windhut und Okahandja auf-gesucht. Ein anderer Teil unter dem Grohmann Andreas ist im Tal des Kueib-Flusses in die Gegend von Tantis gezogen. Ihm folgen von Norden her eine Etappenkompanie und eine zusammen-gestellte Abteilung von 90 Mann mit einer Revolverkanone; von Rehoboth her ist eine Ersatzkompanie über Areb, nördlich Kauchat, in Marsch gesetzt.

Das ist abermals ein Verlust von 17 Toten und 8 Ver-wundeten. Konservative Blätter konstatierten bereits das Schwenden des Offensivgeistes und der Kampfesenergie bei den Hottentotten. Die obigen Verlustziffern beweisen diese optimistische Auffassung keineswegs.

Berlin, 19. April. Ein Telegramm aus Windhut meldet: Leutnant Adolf Donner, geboren am 26. Juni 1875 zu Würzburg, infolge der im Gefecht bei Groß-Nabas (2.—4. Januar) er-littenen Verwundung am 15. April dieses Jahres in Lagarett Süd gestorben. — Im Lagarett Windhut an Ephus gestorben Reiter Emil Danielowski, geboren am 27. Juni 1883 zu Marannen-hof, am 16. April; Gefreiter Clemens Widert, geboren am 14. Dezember 1881 zu Dühren, am 17. April.

### Ausland.

#### Der Kampf in Limoges.

Ueber die Ursachen der Aussperrung in Limoges schreibt uns noch unser Pariser Korrespondent:

Paris, 17. April. Im Mittelpunkt des Kampfes stand vom Anfang an eine Sittlichkeitsfrage. Die Arbeiter der Porzellanfabrik des Theodor Haviland, eines amerikanischen Bürgers, forderten vor allem die Entlassung des Aufsehers Penaud, eines Wüstlings, der sich gegenüber dem Personal türkische Pascharechte anmaßte. Mit dieser Säule kapitalistischer Sittlichkeit hat sich dann nicht nur der zunächst interessierte Unternehmer solidarisch erklärt, sondern auch die große Mehrheit der Porzellanfabrikanten von Limoges. Der Streik bei Haviland wurde so in eine Aus-sperrung verwandelt, die sich auf etwa 12 000 Arbeiter erstreckt.

Die Vermittlungsversuche des sozialistischen Bürgermeisters und Deputierten Labussière und des Präfecten scheiterten an hornnädigen Widerstand des um den Wüstling Penaud gruppierten Unternehmern-tums. Daß die Herren vor einem so schmutzigen Konfliktfall nicht zurückweichen, beweist klar genug, daß, wie die „Gumantio“ be-richtet, die Aussperrung von langer Hand geplant wurde, um der proletarischen Bevölkerung von Limoges mit ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation eine Lektion zu erteilen.

Der besondere Ursprung des Konflikts erklärt hinreichend die Erbitterung der Aussperrten. Die Regierung hat ihrerseits diese Erbitterung gefördert, indem sie, trotz der dringenden Mahnungen des sozialistischen Maire, die Stadt militärisch besetzen ließ. Uebrigens sind die gewalttätigen Ausbrüche in den bürgerlichen Depeschen arg aufgebauscht worden. Tatsächlich hat sich daran nur ein ganz geringer Teil der Arbeiter beteiligt. Und es ist bezeichnend, daß ein so gut bürgerliches Blatt wie der „Matin“ nach wie vor die Schuld dem Unternehmer Haviland zuschreibt.

Limoges, 19. April. Bei dem Begräbnis des während der Unruhen am Montag getöteten Arbeiters folgten etwa 15 000 Personen dem Leichenzug. Der Bürgermeister, die Munizipalräte und mehrere Deputierte gingen mit der Familie des Toten im Trauerzuge.

#### Zum Eisenbahnerstreik in Italien.

##### Am Vorabend des Streiks.

Rom, den 16. April. (Eig. Ber.)

Morgen, Montag, früh um 8 Uhr verlassen die italienischen Eisenbahner ihren Dienst, um durch die „Nacht der gekrenzten Arme“ der Regierung Zugeständnisse abzuwingen. Der geistige „Avanti“ hat die Order, nur den Sekretären der Eisenbahnerorganisation verständlich, in alle Städte Italiens getragen: in 3 mal 12 Stunden wird gestreikt.

Die feierhafte Erregung der letzten Tage läßt jetzt, wo offiziell die Entscheidung gefallen, kaum noch eine Steigerung zu. Im Grunde war ja der Streik beschloffen, sobald das neue Gesetz mit den alten Anhebelparagraphen bekannt wurde. Die Eisenbahner haben von Anfang an gezeigt, daß sie sich als die Vorhut der italienischen

Arbeiterchaft ansehen und für diese und in deren Namen jeden Angriff auf den Grundlag der Streikfreiheit zurückweisen würden. Und tat-sächlich stehen sie in dem jetzigen Kampfe für ein allgemeines Recht der gesamten Arbeiterchaft ein, für ein Prinzip, denn die §§ 17 und 24, die die Eisenbahner zu Staatsbeamten erklären, die das Strafgesetzbuch im Fall des Verlassens der Arbeit mit Geldstrafen bis zu 3000 Lire und Dienstentlassung bedroht, wären in der Praxis außerstande, einen Eisenbahnerstreik wirksam am Personal zu ahnden und viel mehr noch ihn zu verhindern. Man kann von dem Gros des Eisenbahnerpersonals — leider Gottes — keine Geldbußen eintreiben, man kann es auch nicht entlassen, ohne eben den Verkehr aufzuheben. Im übrigen wird der Eisenbahner durch das Recht des Staates, ihn im Streikfall zu entlassen, nicht in andere Lage versetzt, als jeder Arbeiter seinen Unternehmern gegenüber. Was die Eisenbahner bekämpfen, ist nur der Grundlag, daß irgend einem Ar-beiter von Gesetzes wegen das Recht auf den Streik abgesprochen werden könne.

Man hat mit den Ministern unterhandelt, die Eisenbahner haben kein Mittel friedlicher Beilegung unterläßt gelassen. Die Regierung und die Kammer bestanden auf ihre Anhebelparagraphen, die Kom-mission, die die Eisenbahnenwürde mit Wollkamm in wenigen Tagen beraten hat, hat einige wirtschaftliche Verbesserungen eingefügt, den Biologischen Gedanken des obligatorischen Schiedsgerichts wieder aufgenommen, aber sie hat die verhassten §§ 17 und 24 beibehalten. So war der Streik unvermeidlich.

Die Kammer hält vormittags und nachmittags Sitzungen. Heute forderte der konservative Brunialti den Ministerpräsidenten auf, mit „jeder Form der Gewalt“ gegen die Eisen-bahner vorzugehen, worauf ihm Fortis entgegnete, daß dies nicht im Sinne der Regierung sei. Recht charakteristisch für die italienische Kammer ist es übrigens, daß es einer ausdrücklichen und sehr dringend gehaltenen Aufforderung des Kabinetts bedurft hat, um überhaupt die Herren Abgeordneten zum Verweilen in Rom zu bewegen. Kaum hatten die nämlich von dem drohenden Streik ge-hört, so war es ihr erster Gedanke, sofort nach Hause zu reisen, ehe der Zugverkehr aufhörte!

Heute abend hat die Generalkommission der italienischen Gewerkschaften nach langer Diskussion eine Tagesordnung angenommen, die konstatiert, daß durch das Eisenbahnerprojekt der Versuch poli-tischer Anebelung gemacht wird, und deshalb die organisierten Arbeiter Italiens auffordert, sich für alle Fälle bereit zu halten, in geschlossenen Reihen, streng jeden Akt individuellen Vorgehens ver-meidend, aber zu energischem, gemeinsamen Handeln bereit.

Dies ist die Situation am Vorabend des neuen großen Kampfes, von dessen Phasen es uns vielleicht unmöglich sein wird, Tag für Tag zu berichten. Der Leser möge dem uns eventuell durch die Penur auferlegten Schweigen mehr Beachtung schenken, als den falschen Berichten der offi-zialen Korrespondenzbureaus. Was man nicht telegraphieren darf, sind eben die Nachrichten vom guten Fortgang der Bewegung. Telegramme über Niederlagen des Proletariats werden nicht auf-gehalten. Keine Nachricht bedeutet also auch hier: gute Nachricht.

So mag dem dieser Bericht den letzten Juge andertaut werden, der vor dem Inkrafttreten der Streikforderung ausläuft. Rom hat schon vor zwei Jahren Ditem in Generalfreil gefeiert. Mag die Hauptstadt es noch einmal feiern, mit derselben Solidarität und besserem Glücke! —

#### Ueber den Stand des Eisenbahnverkehrs.

liegt auch heute wieder eine Unmasse offiziös inspirierter Nachrichten vor, wonach der Verkehr trotz des Streiks in den notwendigsten Grenzen überall habe aufrecht erhalten werden können. So z. B. das nachstehende Telegramm:

Rom, 19. April. In Rom und Mailand wird der Eisenbahn-verkehr auf den adriatischen Linien beinahe wieder regelmäßig und heftet sich auf den Mittelmeerklinien, auf welchen man im Laufe des Tages einige Zugverbindungen wiederherstellen zu können hofft. In Mailand wird man heute einen Sonderzug für die Ingenieure und deutschen Touristen ab-geben lassen. Auch mehrere Gültzüge werden von Turin nach Rom fahren. Nach Mailand, Alexandria und Modena wurden verschiedene Gültzüge abgefahren, ebenso auf der Simplon-bahn. In Venedig, in der Provinz und in Bologna ist der Verkehr fast vollständig; auch der Gültverkehr in Venedig ist in Ordnung. Die Besserung im Verkehr von Florenz auf den Mittelmeerklinien hält an. In Foggia konnten heute vormittag alle Züge verkehren, in Palermo ebenfalls. Der Verkehr ist vollständig gesichert. In Galta-nifetta verkehren fast alle Züge. Außer dem Mindest-dienst wird ein Ergänzungsdienst unterhalten. Der Betrieb auf den Linien nach Frankreich über Ventimiglia ist vollständig normal.

Inwiefern diese tendenziös gefärbten Nachrichten den Tatsachen entsprechen, läßt sich zurzeit nicht feststellen. Alle un-dequemen Telegramme werden einfach nicht befördert!

Foggia, 18. April. Heute abend verhafteten etwa tausend Landleute, während dem ausständigen Bahnpersonal der Lohn ausgezahlt wurde, in den Bahnhof einzudringen und leisteten dem Militär, welches sie zu entfernen versuchte, Widerstand. Die Manifestanten fielen die Soldaten mit Knütteln an, schleuderten Steine gegen sie und schossen schließlich auf sie. Ein Soldat wurde schwer verletzt. Hierauf machte das Militär, ohne einen Befehl dazu bekommen zu haben, Gebrauch von der Waffe und ver wundete zwei Personen. Die Manifestanten flohen alsdann nach dem Cavourplatz, er-neuerten aber, als sie Verstärkung erhielten, den Tumult. Nunmehr wurde wieder mit Steinen gegen das Militär geworfen und auf daselbe geschossen, worauf das Militär nochmals von der Schußwaffe Gebrauch machte. Im ganzen wurden bei dem Zu-sammenstoß drei Personen getötet und sieben verwundet.

Aus dieser seltsamen Meldung des Wollschens Bureaus ist nicht einmal die Absicht der Demonstranten klar ersichtlich. Man weiß nicht, ob die tausend Landleute den Eisenbahnern zu Leibe gehen wollten, oder ob die Demonstration eine Sympathieumgebung für die Streikenden war! —

### Amerika.

#### Geschliche Arbeitszeitregelung gescheitert?

Washington, 17. April. („Bureau Laffan.“) Das Höchste Gericht entschied, daß alle von den Einzelstaaten der Union erlassenen Gesetze zur Begrenzung der Arbeitszeit verfassungswidrig und deshalb ungültig sind. Die Entscheidung erfolgte in einer Klage, die unter Berufung auf die kürzlich von der Gesetzgebung des Staates New York eingeführte Höchst-arbeitszeit von 10 Stunden täglich für Bäcker eingeleitet worden war. Das Höchste Gericht erklärte, daß die Be-grenzung der Arbeitszeit durch irgendwelche gesetzgebenden Körperschaften einen Eingriff in den freien Arbeits-vertrag bedeute und unter der Verfassung der Vereinigten Staaten nicht geduldet werden könne. Es hat damit nach allgemeiner Ansicht die wichtigste Entscheidung getroffen, die es jemals hinsichtlich der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit gefällt hat. Es werden dadurch über 100 von den Gesetzgebungen verschiedener Einzelstaaten erlassene Gesetze ungültig, worin auf Verlangen der organisierten Arbeiterchaft die Arbeitszeit für gelernte und ungelernete Arbeiter auf ein gewisses Höchstmaß beschränkt wurde. Die Arbeiter müssen sich infolgedessen fortan zur Erreichung einer kürzeren Arbeitszeit auf ihre eigene Macht verlassen und können die Gesetzgebung nicht mehr zu ihrer Unterstützung in Anspruch nehmen. Man rechnet allgemein damit, daß in vielen Ge-werben binnen kurzem längere Arbeitszeiten wieder eingeführt werden.



# Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 19. April. Ein Telegramm des General Linewitsch vom gestrigen Tage an den Kaiser meldet: Am 14. d. M. morgens nahm der Feind in der Richtung auf Gschimao und auf dem Wege Siminpaoo-Tschichosju die Offensiv wieder auf; gegen 5 Uhr nachmittags besetzten die Japaner Pabiatse und begannen ein Geschützfeuer mit unserer Kavallerie, welche einen Engpaß besetzte. Der Angriff des Feindes kam alsdann zum Stillstand. Am 14. besetzten die Japaner auch das Dorf Kanjandentse.

Petersburg, 19. April. Die Nachricht des „Standard“, wonach die Schwarze Meer-Flotte mobilisiert worden sei, wird von der Admiralität wie im Ministerium des Krieges dahin richtig gestellt, daß es sich nur um die üblichen Frühjahrsmanöver handelt und daß keineswegs die Absicht bestehe, das Geschwader nach Ostasien zu entsenden. Dagegen wird in der Armee eine Mobilmachung in der Weise vorbereitet, daß Marschregimenter gebildet werden aus Abteilungen bestehender Bataillone; man hofft, mit diesem Kern brauchbare Truppen zu bilden, ohne die bestehenden Armeeverbände zu schwächen und 300 000 Mann nach der Wandschurci entsenden zu können.

## Aus der Partei.

Zur Diskussion über das Organisationsstatut. Wir zitierten in Nummer 92 Aeußerungen der „Leipz. Volksztg.“ über die Vertretung der Reichstags-Fraktion unter der Parteiorganisation. Es handle sich, so wird dort gegen den Beschluß der vom Parteitag eingesetzten Kommission ausgeführt, in der freien Zulassung der Abgeordneten zum Parteitag, um die Sanktionierung eines Partei-Interesses, das nunmehr anfängt, eine Parteiplage zu werden; es wird von einem „illegitimen Einfluß“ der Fraktion gesprochen und es wird behauptet, die Fraktion sei kein Ausschuß der Parteigenossen, sondern der Wähler, also einer formlosen Masse, deren politische Organisation ganz unkontrollierbar ist“ u. s. f. Die „Leipz. Volksztg.“ gestattete sich, die Fraktion zu verunglimpfen, indem sie ihren Angriff auf eine Behauptung gründet, deren Unrichtigkeit selbst jeder Advokat oder Literat, der kaum in die Partei gekommen ist, kennen muß. Der Verfasser der Ausführungen weiß nicht einmal, daß kein einziges unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion sein Mandat von einer formlosen Wählermasse erhalten hat, sondern daß sämtliche Abgeordnete von den sozialdemokratischen Organisationen in den einzelnen Wahlkreisen und naturgemäß unter noch schärferen Kriterien als die Parteitag-delegierten für das politische Ehrenamt ausgewählt sind. So gerechtfertigt es ist, unter anderen Fragen der Organisation auch das Maß der Fraktionsvertretung zu besprechen, so muß doch Verwahrung eingelegt werden gegen eine Methode und Polemik, welche die elementaren Forderungen der Solidarität verletzt.

### Ueber Prekopolitiken in der Partei

Ist in der Festschrift der Leipziger Arbeiter: „Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie“ zu lesen:

Im Jahre 1872 hatte der Mainzer Parteitag Eisenacher Richtung den Beschluß gefaßt, den Parteiausschuß zu beauftragen, „ein prinzipielles Zusammengehen mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein immer von neuem zu versuchen und dafür Sorge zu tragen, daß die Haltung aller dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgeneigten Mitgliedschaften eine persönliche werde.“ Der von Hasselmann redigierte „Neue Sozialdemokrat“, der Nachfolger des Schweigerischen „Sozialdemokrat“, griff diesen Beschluß auf, um „ein ernstes Wort an die Arbeiter der Eisenacher Partei“ zu richten und insbesondere dem „Volksstaat“ ins Bewußtsein zu reden. Dieser nahm die Gelegenheit wahr, den Kassalleanern ihr Ständeregister vorzuhalten, und formulierte eigenmächtig die Bedingungen, unter denen er die Polemik gegen das Organ der Kassalleaner einstellen wolle; auch erklärte sich die Redaktion des „Volksstaat“ bereit, einen Vorschlag zur Einberufung eines gemeinsamen Einigungs-Kongresses zu unterstützen. Als dann von der Gegenseite nicht prompt die Antwort auf die Vorschläge des „Volksstaates“ erfolgte, wurde dieser ungeduldig, und nachdem es inzwischen in einer Berliner Versammlung zu einem Zusammenstoß beider Richtungen gekommen war, erklärte der „Volksstaat“ auf eigene Hand den Waffenstillstand für gebrochen und fuhr gleich wieder das größte Geschäß gegen die offensichtlichen Verräter der Arbeiterschaft auf. Der Parteiausschuß, vertreten durch Dork, eignete sich nachträglich dieses Vorgehen des „Volksstaates“ an, wenn er es auch nach Form und Inhalt etwas modifizierte, und nun ging die Kanonade zwischen den beiden Arbeiterorganen wieder lustig los. Da griff die Kontrollkommission, vertreten durch Geiser, Dehne, Härdter und Kasper, ein und verlangte von der Redaktion des „Volksstaates“ ebensoviel wie vom Ausschuß strikte und unbedingte Durchsicht der Kongreßbeschlüsse. Sie verbat sich ganz entschieden die „Privatmeinung“ der Redaktion, die nur ein Organ, nicht die Leitung der Partei sei, und machte dem Ausschuß das unverbrüchliche Festhalten an den Kongreßbeschlüssen zur Pflicht.

Wir finden diese Erinnerung in der — „Leipziger Volkszeitung“, die sie zitiert aus Anlaß des Todes des eben verstorbenen Genossen Dehne als Beweis für dessen Disziplinartreue.

Ein Maifestzug war dem Gewerkschafts-Komitee in Püsch vom dortigen Stadtmagistrat genehmigt worden. Das Bezirksamt, dem die Ausübung der Distriktpolizei obliegt, beeilte sich, den Umzug zu verbieten, da es sich „nach allen Begleitumständen um eine parteipolitische Demonstration der Sozialdemokratie handele, die die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährde und auch aus verkehrspolitischen Bedenken nicht genehmigt werden könne“. Solche unwürdige Bevormundung muß sich die „unmittelbare“ Stadt Püsch gefallen lassen, weil vom Magistrat vor fast zwanzig Jahren die Polizeigewalt genommen wurde zur Strafe dafür, daß er den Genossen Befehl in einer Versammlung auftrug, sich zu wehren.

Die Leiche des in Nürnberg verstorbenen Genossen Heinrich Dehne wurde am Dienstagnachmittag nach Offenbach überführt, um im dortigen Krematorium eingesehrt zu werden. Vor der Ueberführung wurde an seinem Sarge in der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes zu Nürnberg eine Abschiedsfeier veranstaltet, an der sich die Nürnberger Genossen zahlreich beteiligten. Genosse Segitz hielt die Gedächtnisrede, außerdem wurden noch kurze Ansprachen gehalten von Genossen Dr. Braun namens der Redaktion, von Genossen Jenz für die Frankfurter Verlagsanstalt und namens des Genossen Doktor Südekum, von Genossen Tren namens des Sozialdemokratischen Vereins und von Vertretern verschiedener anderer Korporationen. Die Einäscherung erfolgte am Mittwochvormittag in Offenbach; eine besondere Feier findet dort nicht mehr statt, da sich der Verstorbene vor seinem Ende eine solche ausdrücklich verboten hat.

### Der 1. Mai und die städtischen Arbeiter.

In der Stadtverordnetenversammlung am 17. April zu Weßel stellte Genosse Maes den Antrag: den städtischen Arbeitern und Beamten den 1. Mai freizugeben. Er wies darauf hin, daß in Belgien nach den Feststellungen der letzten offiziellen Statistiken noch immer über 100 000 Arbeiter mehr als 11 Stunden täglich arbeiten müssen; demzufolge sei die Einräumung der Möglichkeit, am 1. Mai für die Verkürzung der Arbeitszeit zu demonstrieren, nur als recht und billig anzuerkennen. Eine Stadtverwaltung, die — wie die Weßelster — ihren Angestellten den Samstag freigebe, brauche sich nicht zu scheuen, ihnen am 1. Mai die Arbeitsruhe zu gewähren!

Mit Stimmengleichheit wurde der Antrag Maes abgelehnt; für ihn stimmten die Sozialisten und die Progressisten, dagegen die Liberalen und die sogenannten Doktrinäre.

Partei-Presse. Die „Neue Freie Zeitung“ erscheint als neues Parteiorgan unserer Genossen in Olten wöchentlich zweimal und in großem Format, so daß es das größte Organ der sozialdemokratischen Presse in der Schweiz ist.

## Aus Industrie und Handel.

### Der ausgetobene Handelsteil.

In dem Inseratenteil der Münchener „Neuesten Nachrichten“ fand sich jüngst folgende Anzeige, die, so unsehbar sie ist, einen höchst interessanten Beitrag zur Charakteristik der Handelspresse liefert:

„Großkapitalisten oder Banken bietet sich nie wiederkehrende Gelegenheit, den Handelsteil einer nachweislich in hoher Auflage erscheinenden politischen Zeitung zu pachten. Das Blatt wird speziell in den Kreisen des Großkapitals Süddeutschlands gelesen und wird hierfür der Nachweis geliefert. Strengste Disziplin gegeben und verlangt. Eventuell kann die Anbahnung einer Verbindung durch beiderseitige Vertrauensmänner erfolgen. Auch wird die Vermittlung der Angelegenheit durch eine solbente Persönlichkeit in jeder Beziehung gut honoriert.“

Das ehrenwerte Blatt, das „speziell in den Kreisen des Großkapitals Süddeutschlands“ gelesen wird, erachtet sich also gegen entsprechende Pauschalzahlung und unbedingte Disziplin als Handelsteil aufzunehmen und als Redaktionsmeinung passieren zu lassen, was die zahlenden Banken und Großkapitalisten zur Vertretung ihrer speziellen Interessen und zur Bearbeitung ihres Publikums an die Öffentlichkeit bringen möchten. Warum auch nicht? Heute in unserem kapitalistischen Zeitalter sind für so manchen längst Ehre, Gewissen, Moral zu einem bloßen Handelsartikel geworden; weshalb sollte also ein Zeitungsbeleg und sein Redaktionsstab nicht gegen eine alljährliche Pauschalsumme ihre Gefinnung verpacken? Es sollte und nicht wundern, wenn das großkapitalistische Blatt, das seine Gefinnung derart zur Verpackung ausbietet, sich in seinem politischen Teil als sozialistischer Vertreter der sogenannten bürgerlichen Anständigkeit geriert und mit hochgeschraubtem Pathos gegen die „Amoralität“ und „Gefinnungslosigkeit“ der Sozialdemokratie eifert.

Neue Hochöfen in Oberschlesien. Die Vethien-Falshütte bläst ihren neuen Hochöfen, wie nunmehr bestimmt feststeht, zwischen dem 1. und 5. Mai an. Die Friedenschütte wird den fünften Ofen, wie der „Bresl. Gen.-Anz.“ mitteilt, im Juli oder August betriebsfertig haben und voraussichtlich auch anblasen. Der im Bau befindliche neue Hochofen der Donnersmarthütte wird ungefähr um dieselbe Zeit fertig sein. Derselbe wird jedoch nur angeblasen, wenn die Situation am Roheisenmarkt dann noch ebenso günstig ist als gegenwärtig.

Die deutsche Holzindustrie ist seit Beginn des Frühjahrs recht gut beschäftigt. Am Rohholzmärkte zeigt sich ein so starker Begeh, daß die Nachfrage nach einzelnen Sorten nicht immer befriedigt werden kann. Die Preise für Holz gehen durchweg in die Höhe. Ausländisches Holz steigt noch stärker im Preise als inländisches. Nicht nur die Lage des Rohholzmärktes weist auf die Lebhaftigkeit des Beschäftigungsgrades hin, sondern auch das Gepräge des Arbeitsmarktes, der seit Dezember 1904 eine fortgesetzte und zum Teil sehr starke Abnahme des überschüssigen Angebotes aufweist. Nach den monatlichen Arbeitslosenzählungen des deutschen Holzarbeiterverbandes waren Ende März an 808 Orten mit 108 503 Arbeitern insgesamt 1554 Arbeiter beschäftigungslos gegen 1917 im Februar und 2692 im Januar. Verhältnismäßig am erheblichsten ist die Arbeitslosigkeit noch in Berlin, Dresden und Rindgen. Von den verschiedenen Zweigen des Holzgewerbes sind die Sägewerke wohl überall am flottesten beschäftigt. Die Aufträge gehen so gut ein, daß durchweg voll gearbeitet werden kann. Die Bautischlerei hat reichlich zu tun, wie dies bei dem regen Baugeschäft nicht anders zu erwarten ist. Ebenso sind die Möbelfabriken mit Aufträgen auf längere Zeit versorgt.

Zur Geschäftslage der Kali-Industrie teilt der Quartalsbericht des Kalisyndikats mit, daß entsprechend der großen Zahl von Werken, die im Entstehen begriffen sind, eine sehr erhebliche Absatzsteigerung eintreten muß, um das Kalisyndikat vor ernstlichen Schwierigkeiten zu bewahren und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß die neu entstehenden Werke die Bedeutung und Notwendigkeit des Syndikats rechtzeitig erkennen.

„Die Unternehmungskunst wurde“, heißt es im Bericht, „schließlich durch das überaus erge Frühjahrgeschäft noch ganz besonders angefaßt. Die so abnorm günstigen Witterungsverhältnisse, insbesondere der geringe Schneefall und damit die Möglichkeit für die Landwirte, die Düngeernte während des ganzen Winters ausstreuen zu können, regte das Geschäft bereits im Januar, also in einer Zeit, in der sonst verhältnismäßige Ruhe im Kaligewerbe herrscht, derartig an, daß die Werke teilweise bis aufs äußerste angepannt waren. Was das Ergebnis anbetrifft, so war der Absatz im 1. Quartal sowohl im Chloralkalium, als schwefelhaltigem Kali, in Kalidüngeerz und besonders in Kalisulfat ein günstiger, so daß der finanzielle Mehrerfolg ohne Berücksichtigung der erwähnten Umstände mehr als 4 Millionen gegenüber dem 1. Quartal des Vorjahres betragen würde. Erwägt man jedoch die Preisermäßigung u. s. w., so vermindert sich dies Ergebnis auf etwa 1 1/2 Millionen — ein Betrag, der also nicht, wie einzelne Zeitungen schrieben, einen Jahreserfolg von zwölf und mehr Millionen erhoffen läßt, aber doch immerhin zu der Hoffnung berechtigt, daß das Syndikat trotz der geschädigten ungünstigen Umstände eine normale Absatzsteigerung wie in den Vorjahren, also von etwa 5 Millionen erzielen wird, immer vorausgesetzt normale Witterungsverhältnisse im Herbst und ein Fernbleiben einer Krise im Syndikat selbst.“

Der deutsche Schiffbau hat im Jahre 1904 einen Rückgang erlitten. Im ganzen wurden auf deutschen Werften 278 Dampfschiffe mit 210 000 Brutto-Registertons und 258 Segelschiffe mit 49 712 Tons fertiggestellt. Bei den Dampfern ergibt sich der Rückgang gegenüber 1903 gegenüber eine Abnahme der Tonnage um 48 684 Brutto-Registertons, bei den Seglern eine Zunahme der Tonnage um 4084 Tons. Demzufolge der Dampfer-Tonnage hielt jedoch eine gute Konjunktur zu Anfang des laufenden Jahres die Wage. Anfang 1905 waren auf deutschen Werften 152 Dampfer mit 285 539 Bruttotons im Bau gegen 128 Dampfer mit 183 600 Tons beim Beginn des vorigen Jahres.

## Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 17. April in den Arminhallen eine zahlreiche besuchte Versammlung ab. Herr Dr. Pinius hielt einen Vortrag über „Erfenntnis und Bekämpfung der Krebskrankheiten“. Der Referent hob besonders hervor, daß auf diesem Gebiete, das den Forschern noch sehr viel zu ergründen übrig läßt, das Publikum auch das Seine tun könnte, indem es den Ärzten entgegenkäme und ihnen volles Vertrauen schenkte. Auffklärung über das Wesen der Krankheit in den breitesten Schichten der Bevölkerung und allgemeine Volkshygiene müßten das übrige tun, um dieses bösen Giftes Herr zu werden. Der nächste Vereinsabend ist am 8. Mai, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Der Schriftsteller F. Stämpfer spricht über „Friedrich Schiller“.

Lichtenberg. Die Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen Lichtenbergs, in der Frä. Waader über „Volkshygiene und Erziehung“ referierte, fand am Montag, den 17. d. M., statt. Die Referentin unterzog die Volkshygiene einer scharfen Kritik. Dem mit großem Interesse aufgenommenen Vortrage schloß sich eine

Diskussion an, die leider der späten Stunde wegen abgebrochen werden mußte. Zum Schluß wurden die Mitglieder aufgefordert, kräftig für den Verein zu agitieren und neue Mitglieder zu werben. Gleichzeitig wurde auch für die „Gleichheit“ agitiert.

120 Schneiderinnen traten bei dem großen Damenkonfektionsgeschäft von Girch u. Co. in Köln einmütig in den Ausstand, nachdem trotz Vorstellens einer Abordnung eine unverschämte Bevormundungsmaßregel nicht rückgängig gemacht worden war. Es war den Schneiderinnen untersagt worden, in der Werkpause, die zum Ueberfluß nicht mal bezahlt wird, Kaffee oder Milch zu trinken. Dabei dauert in der Osterfaison bis gegen Pfingsten die Arbeitszeit bis abends 8 1/2 Uhr. Es wurde den Arbeiterinnen angejungen, statt eines warmen und erquickenden Getränkes kaltes Wasser zu trinken. Man ließ ihnen dieser Tage durch den Hausmeist die Kaffeekannen und die Tassen wegnehmen und gab in jedes Atelier für je 30 bis 40 Schneiderinnen einen einzigen Wasserbecher. Als das Ersuchen um Rückgängigmachung der Maßregel ohne Erfolg blieb, legten sämtliche Schneiderinnen die Arbeit nieder. Ein Vertreter des Deutschen Schneiderverbandes erwirkte im Auftrage der Arbeiterinnen die Herstellung des früheren Zustandes. Darauf nahmen die Ausständigen tags darauf die Arbeit wieder auf.

Die Schneiderinnen dieser Firma waren bisher unorganisiert. Der Vorgang dürfte sie über den Wert der Organisation belehren.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

### Gemeinsame Bewegung der zentral- und lokalorganisierten Kürschner.

Am Montag tagte im alten Schützenhause in der Einienstraße eine öffentliche Versammlung aller in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche gemeinschaftlich vom Lokalverband Berlins und von der Berliner Filiale des Deutschen Kürschnerverbandes einberufen war, um Stellung zu dem ablehnen Verhalten der Innung gegenüber der Erneuerung des Tarifs zu nehmen. Der Referent Regge berichtete, daß dem Lokalverband vom Gewerbegericht ein Schreiben zugegangen sei, in welchem die Innung erklärt, sie lehne jedes Verhandeln vor dem Gewerbegericht ab, da sie es für notwendig erachte, daß Sonnabends ebenfalls Ueberstunden gemacht werden müßten, wenn es erforderlich wäre. Auch müßte jedem Arbeitgeber überlassen bleiben, wie er sich seine Arbeitskräfte beschafft. Die nach dieser Richtung erhobenen Forderungen wären so ungewöhnlich für die Mitglieder der Innung in den Detailgeschäften sowie in der Hausindustrie, daß sie nicht annehmbar erschienen. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die Innung es abgelehnt hat, auf der von uns beantragten Grundlage einen Vertrag abzuschließen und der Verein der Pelzwarenfabrikanten sich schon vorher zurückgezogen hat, erklärt die heute von beiden Organisationen einberufene öffentliche Versammlung, unsere Forderungen jetzt so zu formulieren, daß 1. der Minimallohn der Gesellen auf 27 und der Ramsells auf 15 M. erhöht wird; 2. daß die Arbeiter und Arbeiterinnen weder durch Inserieren, noch auf Anfragen hin eingestellt werden und nur durch die Arbeitsnachweise der Organisationen entnommen werden dürfen.“

Die Versammlung übertrug die Leitung der Bewegung den Vorständen und verpflichtete sich, die Agitation derart zu fördern, daß zu gegebener Zeit, wenn die Anerkennung der Forderungen abgelehnt wird, sofort einmütig die Arbeit niedergelegt werden kann. Die noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen verpflichteten sich, sich sofort einer Organisation anzuschließen.“

Der Vorsitzende Schäfer ermahnte die Versammelten, recht zahlreich zur Versammlung am 1. Mai zu erscheinen. In keiner Werkstätte dürfe gearbeitet werden. Die Maiversammlung müsse der Maßstab für die kommende Bewegung sein.

Hoffen wir, daß das Bündnis der Kürschner, das die Notwendigkeit des Augenblicks geboren, der Beginn einer dauernden Verständigung werde.

### Lohnbewegung der Koffermacher.

Die Koffermacher (Sektion des Sattlerverbandes) hatten vor zwei Jahren mit ihren Arbeitgebern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der am 30. April d. J. abläuft. Nachdem der Vertrag von den Arbeitern rechtzeitig gekündigt war, reichten sie ihre Forderungen ein und ersuchten um Verhandlungen, damit ein neuer Vertrag zu Stande käme. Gefordert wurden: Eine 52 stündige Wochenarbeitszeit an Stelle der bisherigen 54 stündigen; Erhöhung des jetzigen Durchschnittslohnes von 45 Pf. auf nicht unter 52 Pf. pro Stunde für die in Lohn beschäftigten ausgenommenen Arbeiter; für Akkordarbeit im allgemeinen 5 Proz. und für Handlöhnerarbeit im speziellen 12 Proz. Zuschlag zu den jetzigen Löhnen; Lohnaufbesserung um 8 Proz. für Hülfsarbeiter, die über ein Jahr in der Branche tätig sind; Ueberstundenzuschlag von 33 1/2 Prozent an Stelle der jetzigen 25 Prozent; Ausschaltung jeglicher Heimarbeit und Entlassung wegen Arbeitsmangels erst dann, wenn die tägliche Arbeitszeit bereits auf sieben Stunden verkürzt worden sei. — Laut Bericht der Schlichtungskommission haben die Arbeitgeber den Arbeitern erst nach vierwöchentlichem Warten eine Antwort zukommen lassen. In der darauf stattfindenden Verhandlung erklärten die Arbeitgeber dann, daß sie wegen der Geschäftslage und in Anbetracht der auswärtigen Konkurrenz nur eine einstündige Arbeitszeitverkürzung pro Woche und eine Erhöhung des Durchschnittslohnes auf 50 Pf. pro Stunde für Arbeiter, die bereits ein Jahr in der Branche beschäftigt sind, bewilligen würden. Alle übrigen Forderungen lehnten sie ab, indem sie es so darstellten, als müßten die Arbeiter nur froh sein, daß ihnen keine Verschlechterungen angeboten seien. — In der Versammlung am Dienstag, woselbst die Koffermacher den Bericht ihrer Kommission entgegennahmen, fand das Verhalten der Arbeitgeber keine gebührende Würdigung. Verschiedene Redner gaben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitgeber, die sich in den Vororten prächtige Villen bauen lassen, von Jahr zu Jahr zunimmt, und die dann trotz alledem erklären, sie könnten den Arbeitern keine Zulage bewilligen. Beschlossen wurde hierauf, als letzte Instanz das Gewerbegericht anzurufen, weil es der alte Vertrag so vorschreibt. Gleichzeitig wurde die Schlichtungskommission verstärkt und gibt jetzt als Lohnkommission. Weitere Beschlussfassung ist vorbehalten, nachdem das Einigungsamt gesprochen hat.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Auer und Jener (Beleuchtungsindustrie) nahmen während der letzten Tage in zwei stark besuchten Versammlungen Stellung zu den von der Direktion angeordneten Lohnreduktionen. Beide Firmen beschäftigen circa 1200 Arbeiterinnen und 300 Arbeiter. Einem Teil der Arbeiterinnen, die Stundenlöhne von 17 1/2 Pf. bis höchstens 35 Pf. verdienen, sind nun Abzüge von 2 Pf. pro Stunde gemacht worden. In der einen Versammlung waren nun auch mehrere Herrn der Direktion und der Betriebsleitung erschienen, die sich an der Debatte beteiligten. Sie suchten nicht nur die Lohnreduktion zu rechtfertigen, sondern beschönigten auch die übrigen Betriebsmängel wie schlechte Behandlung, willkürliche Entlassungen und Ablehnung eines Arbeiterausschusses. Im übrigen triffen die Herren förmlich von Wohlwollen für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen, die jederzeit ein geneigtes Ohr bei ihnen finden würden, wenn sie einzeln und dann hübsch bescheiden ihre Wünsche vorbrächten. Von den Vertretern des Metall- und Transportarbeiter-Verbandes wurde den Herren darauf aber so beweiskräftig geantwortet, daß sie in der zweiten Versammlung, die am Dienstag in hülles Saal stattfand, nicht wieder erschienen. Eine Beschlussfassung über weitere Maßnahmen in dieser Angelegenheit bezielten sich die Versammelten noch bis später vor.



**Wahrung, Sattler!** Der Streik bei den Firmen Guirmond, Wilhelmstr. 61, und Reinhardt, Margrafenstr. 70, dauert un- verändert fort, da die betreffenden Firmeninhaber nicht mit der Organisation verhandeln wollen. Die Streikenden, welche alle organisiert sind, bestehen auf Anerkennung der Organisation. Sollte irgendwo Arbeit angeboten werden aus den betreffenden Fabriken, so ist selbige zurückzuweisen. Der Streik bei der Firma Ludewig, Lindenstr. 93, wegen Nicht- anerkennung des Tarifes dauert ebenfalls fort.

Die Ortsverwaltung des Sattlerverbandes.

### Deutsches Reich.

Die Former und Hieserarbeiten von Torgelow haben soeben eine Lohnbewegung zum Abschluss gebracht. Es sind mit den am Orte bestehenden Firmen zum Teil Einzelabkommen ge- troffen, und außerdem zwischen dem Verein der Torgelower Eisen- geschleibere, dem die meisten Fabrikanten angehören, und dem Deutschen Metallarbeiterverbande ein Kollektiv-Arbeitsvertrag ab- geschlossen. Im wesentlichen sind sämtliche Verträge auf ein und dieselben Bedingungen lautend. Es ist dadurch ein festes Arbeits- verhältnis geschaffen worden. In erster Linie sind Erhöhungen der Alfordpreise um 7 bis 12 Proz. erzielt, und bei der einzigen Firma die bisher noch 11 Stunden arbeiten ließ, die 10 stündige Arbeits- zeit. Allen Formen wird diejenige Arbeit bezahlt, welche ohne ihr Verschulden auszuföhren gezwungen ist. Die nach den Vereinbarungen festgelegten Alfordpreise werden in ein Preisbuch zur jederzeitigen Einsicht der Arbeiter resp. des Arbeiterausschusses niedergelegt. In jeder Fabrik wird ein Arbeiterausschuss aus freier Wahl der Arbeiter gebildet, der in allen strittigen Fragen zu ziehen ist, und insbesondere darüber entscheidet, ob der Ausschuss durch Verschulden des Arbeiters entstanden ist, ebenso alle Wünsche der Arbeiter den Fabrikanten vorzutragen hat. Nachregelungen werden nicht vor- genommen.

Das ist ein Erfolg, um den die Torgelower Arbeiter schon seit Jahren kämpfen. Man erinnere sich nur des Streiks von 1897 — der den Landfriedensbruch-Prozess zur Folge hatte mit Zuchthaus- strafen bis zu drei Jahren — und des Streiks von 1899. Es hatte 1899 eine Firma sogar die heute tariflich festgelegten Arbeits- bedingungen schon bewilligt, jedoch in der gleich darauf folgenden Krise das nicht nur zugesagte nicht gehalten, sondern noch weitere Verschlechterungen eingeführt. Allerdings und das ist das Wichtigste, haben damals auch die Arbeiter die Organisation vernachlässigt. Erst seit 2-2 1/2 Jahren ist die Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wieder erheblich gestiegen. (Biszeit auf circa 370.) Nur dadurch, und weil der Organisation, wie fast immer, die besten Kräfte angehören, war es möglich, ohne Streik dieses überaus günstige Resultat zu erzielen. Die Ermügenschaften gelten auf ein Jahr für circa 950 Arbeiter in neun Fabriken.

Die Aussperrung der Brauerei-Arbeiter in Rheinland-Westfalen beschäftigte am Sonntag in Essen eine Konferenz der Gewerkschafts- parteien von Rheinland und Westfalen, sowie der Bau- und Agitations- leiter. Ueber den Stand des Kampfes in Köln wurde berichtet, daß dort 255 organisierte Brauerei-Arbeiter ausgesperrt und etwa 60 gefänglich seien. Der Unternehmerverband behauptet, daß außerdem etwas über 30 Mitglieder aus dem Brauerverband ausgetreten seien; in der Tat sind aber bei der Verbandsleitung nur zwei Abmeldungen erfolgt. Es liefern nach Köln 28 auswärtige Brauereien ringfreies Bier, so daß Getränk reichlich zur Verfügung steht. 220 Wirtschaften und Fleischhändler haben das Verbot der Kartellkommission: „Hier wird bophtofreies Bier verzapft!“ aus- gehängt. Der Boykott wirkt also bereits vorzüglich. Zweifellos wird er aber in den nächsten Tagen noch bedeutend an Umfang zunehmen, wenn erst die Arbeiterschaft in umfassender Weise auf die Birte eingewirkt haben wird. Es sei noch bemerkt, daß die ge- nannten 220 Geschäfte lange nicht alle ringfreien Wirt- schaften darstellen. Fast alle von dem wohlstehenden Publikum frequentierten Lokale Kölns beziehen nämlich auswärtiges Bier, da das Kölner Fabrikat von sehr geringer Qualität ist. Die Ringbrauereien von Köln und Umgegend, auf die sich der Boykott erstreckt, sind fast durchweg auf das Arbeiterpublikum an- gewiesen.

Soweit sich heute übersehen läßt, ist der Beschluß: am 28. April 50 Prozent aller organisierten Brauereiarbeiter in Rheinland und Westfalen auszusperrn, fast überall in soweit zur Durch- führung gelangt, als in folgenden Orten den Verbandsmitgliedern zum 28. gelündigt wurde: Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Krefeld, Dortmund, Hamm, Hagen, Unna, Essen und Umgegend, Duisburg, Heed, Bochum, Hörde, Iserlohn, Solingen, Mülheim an der Ruhr; dazu kommen noch die schon im vollen Kampfe stehenden Städte Köln, Kall und Mülheim a. Rhein. Der Vorsitzende des Brauereiarbeiter-Verbandes, Genosse Bauer- Hannover erklärte, daß der Verband aus eigenen Kräften imstande sei, die Aussperrungen acht bis neun Wochen zu unterstützen. Die Situation sei derart, daß es für die Arbeiter ein Zuzug nicht mehr gäbe. Seit lange sei der jegliche Kampf von den Scharf- machern des Brauereiverbandes vorbereitet und provoziert worden, um die Brauereioffensive zu vernichten. Einem solchen Frieden dürfe die organisierte Arbeiterschaft unter keinen Umständen zustimmen; lieber eine ehrenvolle Niederlage, die allerdings kaum zu befürchten sei. Die Arbeiterschaft sei zu jeder Zeit bereit, zu verhandeln und sich zu verständigen; aber nie werde sie sich ehelosen Bedingungen unterwerfen. Endlich müsse einmal ganze Arbeit gemacht werden; der jegliche Zustand der fortwährenden Schikanierungen und Nachregelungen der organi- sierten Brauereiarbeiter im rheinisch-westfälischen Gebiet müsse endlich aufhören. Heute schwebt die Organisation nur in der Luft; sie besteht nur, soweit die Unternehmer sie dulden. Diejenige Situation müsse unter allen Umständen ein Ende bereitet werden.

Nach einer mehrere Stunden dauernden sehr eingehenden Aus- sprache beschloß die Konferenz, eine Kommission einzusetzen, bestehend aus dem Hauptvorsitzenden des Brauereiarbeiter- verbandes, des Zentralverbandes der Württer, sowie je eines Ver- treeters der Gewerkschaftsparteien Köln, Dortmund und Elberfeld. Diese Kommission ist berechtigt, sich zu ergänzen. Sie soll die Ver- fassung haben, gegebenenfalls in Unterhandlungen mit dem Boykott- schutzverband rheinisch-westfälischer Brauereien einzutreten; ferner bildet sie die Zentrale für die agitatorische Unterstützung des Boykotts. — Dem Vorstand des genannten Unternehmerverbandes soll entsprechende Mitteilung gemacht werden.

Der Sekretär des Vereins der Brauereien von Köln und Um- gegend hat der „Rheinischen Zeitung“ eine Verächtung zugesandt, worin er erklärt, die Kennerung: „Es geht nur darum, die Orga- nisation der Brauereiarbeiter zu sprengen“ nicht getan zu haben; der betreffende Brauereibesitzer habe ihm dies schriftlich bestätigt. — Das letztere stimmt; jedoch hat der Brauereibesitzer, wie er dritten gegenüber angibt, aus der Unterhaltung mit dem Sekretär, der ihn für den Ring gewinnen wollte, die Ueberzeugung gewonnen, daß es tatsächlich dem Ring um die Zerstörung der Arbeiterorganisation zu tun sei. Es ist in der Tat belanglos, ob der Sekretär die Kennerung getan hat oder nicht. Daß man die Arbeiterorganisation in Rheinland-Westfalen ver- nichten will, darüber kann es einen Zweifel gar nicht geben, und das wird soeben wieder bestätigt durch die Art, wie die Brauerei- besitzer die Rindigungen in den rheinisch-westfälischen Betrieben vornehmen. Es ist beschlossen worden, die Hälfte der Organi- sierten am 28. auszusperrn. Die Unternehmer sperren aber nicht etwa die zuletzt eingetretenen, die jüngsten oder die nach dem Alphabet zuerst kommenden Arbeiter aus, sondern sie nehmen durchweg diejenigen, die sich in der Agitation für den Brauerverband betätigt haben.

Der Streik der Kaffee- und Papstbeker Leipzigs dauert un- verändert fort. In Betracht kommen sieben Firmen. In einigen

Betrieben ruht die Arbeit fast vollständig. Hauptächlich ist es die Firma Weber, die die nach Arbeit Nachfragenden mit Kupfer- nempfangt. Die Ruhe unter den Streikenden ist musterhaft zu nennen. Der ersten Auszahlung, die unter Beisein des Zentral- vorsitzenden stattfand, wurde von vielen mit Spannung entgegen- gesehen, da die Arbeitnehmer die Meinung verbreitet hatten, es fehle an Geld. Die Herren Arbeitgeber waren der Ansicht, daß am Montag viele der Streikenden abtrünnig sein würden. Dies traf jedoch nicht zu. An dem Ausstände be- teiligten sich sofort 142 Mann, deren Zahl im Laufe der nächsten Tage bis auf 170 Mann stieg. Einige fanden anderweitige Be- schäftigung. Nur 10 Mann blieben als Arbeitswillige stehen. Zwei kleine Firmen erklärten sofort die Bewilligung.

Unternehmerterrorismus. Das Ausbeutertum des Kölner Ge- bietes scheint von einer Art Aussperrungsdelirium befallen zu sein. In Düren sind die Bauarbeiter mit Lohnforderungen an die Unternehmer herangetreten, worauf zunächst gar keine und nach längerer Zeit eine geradezu beleidigende Antwort erfolgte. Dieser Tage kam es an dem Hospitalneubau wegen Nachregelung eines Arbeiters zum Konflikt und schließlich zur allgemeinen Arbeits- niederlegung. Darauf beschloß der Arbeitgeberverband die Aus- sperrung sämtlicher organisierten Bauarbeiter auf allen Bauplätzen, die auch am Montag vormittags und zum anderen Teil abends durchgeführt wurde.

Die Firma Benz in Mannheim hat die gemeldete Nach- regelung eines Arbeiters zurückgezogen. In der Fabrikversammlung, in welcher das Resultat der Verhandlungen mit- geteilt wurde, wurde weiter bekannt gegeben, daß auch bezüglich der Anfertigung der Alfordpreislifen befriedigende Erklärungen der Firma erfolgt seien. Dagegen besteht die Firma auf der Aushängung des Anschlags, der belamlich das Betreten einer anderen Abteilung verbietet. Den Arbeiterausschussmitgliedern soll eine Zusammenkunft jedoch gestattet sein, jedoch bedarf es hierzu der Erlaubnis des be- treffenden Meisters. Der Streik ist also vermieden.

Der Zwist in der Münchener Maschinen-Industrie. Einige Fabrik- direktoren haben wohl minimale Zugeständnisse gemacht, doch sind diese so geringer Natur, daß sie auch nicht annähernd befriedigen können. Nach wie vor beharren die Herren Direktoren auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Tarifverträge abzuschließen, doch sind die diesbezüglichen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Die Direktion der Maschinischen Maschinenfabrik setzt ihre Provoaktionen fort; mitten unter den Verhandlungen hat sich die Firma erdreistet, an den Alforden Abzüge bis zu 30 Proz. zu machen, trotz der geradezu exorbitanten Ueberschüsse (die Lokomotivfabrik von Krauss u. Cie. verteilte in diesem Jahre 15 Proz. Dividende), die die Herren Aktionäre in der Maschinenindustrie zu verteilen in der Lage sind. Die Herrschaften wollen offenbar eine allgemeine Aus- sperrung provozieren! Die Arbeiter der Landesgen Maschinenfabrik haben heute bereits die Arbeit niedergelegt. — Zuzug von Metallarbeitern nach München ist streng fernzuhalten.

## Soziales.

### Aus der Münchener Ortsklasse.

Die Münchener Ortsklasse bildet seit längerer Zeit ein allem scharfmacherischen Lügengesindel genehmes Angriffs- objekt, um angebliche sozialdemokratische Korruption zu be- weisen. Ein Gebirge von Lügen wurde aufgebaut. Nun fand am Montagabend die Generalversammlung der Klasse statt. In dieser berichtete der Gemeindevollmächtigte Barth namens eines Prüfungsausschusses, der im Dezember vorigen Jahres eingesetzt worden war zur Prüfung der gegen die Klasse erhobenen Anschuldigungen über das Ergebnis der Prüfung. Der Ausschuss hat 10 Sitzungen auf die Prüfung verwandt, alle Protokolle und Belege genau geprüft und alles in bester Ordnung gefunden. Barth hat speziell die Vergebung der Arbeiten geprüft, gegen die sich feinerzeit die Hauptangriffe richteten. Die Vergebung der Druckaufträge an die tariflose Firma Dietz u. Co. erfolgte durch Beschluß mit 14 gegen 5 Stimmen, doch war der aufgewandte Betrag nicht etwa, wie gefaselt wurde, 40 000 Mark, sondern lediglich 25 500 Mark. Bei Vergebung der Tischlerarbeiten für die neue Einrichtung war wegen der Kürze der Zeit eine Submission unzulässig, die gelieferten Arbeiten sind aber gebiegen und sauber und stehen wohnwend von anderen Arbeiten ab, wie sie bei ähnlicher Gelegenheit hergestellt werden. Im übrigen finden sich in dem Lieferantenverzeichnis in hundertfacher Abwechslung die verschiedensten Firmen mit den verschiedensten Beträgen vor, so daß unter gar keinen Um- ständen der Vorwurf gerechtfertigt wäre, als habe die Direktion nur Gefinnungsgenossen mit der Vergebung von Arbeiten begünstigt. Es wurde auch gefaselt, daß Vorstands- mitglieder sich als Lieferanten beteiligten. Mit Ausnahme des Kräftigsten Spring, dem die Arbeit auf dem Submissionswege zugeteilt wurde, haben Vorstandsmitglieder nur Gegenstände von so geringem Werte geliefert, daß es nicht der Mühe wert ist, ein Wort darüber zu verlieren. Die Zuteilung der Arbeit auf dem Submissionswege bietet aber keine Veranlassung zu irgend welchem Vorwurf. Was die Personalausgaben betrifft, so steht fest, daß die Orts-Krankenkassen vor der Zentralisation zu wenig Personal besaßen. Die Personal wurde eingestellt nach genauer Prüfung der Offerten, wobei das geeignetste ausgewählt wurde, ebenso wurde bei Entlassungen darauf gesehen, daß die am wenigsten geeigneten ausgewählt wurden. Das jetzige Personal ist seiner Aufgabe vollaus gewachsen. Die Kassensführung war trotz der gewaltigen Summen voll- ständig richtig. Somit brechen alle Angriffe auf die Klasse in sich zusammen. Die Kommissionsmitglieder s'jahen und Kaufher sprachen sich in ähnlichem Sinne aus. Ohne Diskussion wurde sodann dem Kassenvorstand Decharge erteilt. Auf denselben Gegenstand bezieht sich auch das in der folgenden Notiz mitgeteilte.

### Kerzliche Kampfmethode.

Vor einiger Zeit brachte das offizielle Organ des Leipziger Wirtschaftlichen Verbandes einen verleumdenden Artikel über die Verhältnisse bei der Ortsklasse in München im Flugdruck-Stil. Darauf enthält das offizielle Organ der Münchener Kerzte, das „Bayerische Kerzliche Korrespondenzblatt“, in seiner Nummer vom 18. April folgende Kundgebung der Münchener Kerzte: „Die Vorstandschaft der Abteilung für freie Arztwahl des Kerzlichen Bezirksvereins München erklärt, daß sie dem Artikel in Nr. 2 der „Korrespondenz“ des Verbandes der Kerzte Deutschlands“, der sich mit der Münchener Orts-Krankenkasse beschäftigt, vollständig fern- steht und die unmotivierten Angriffe desselben, welche geeignet sind, das bestehende gute Ein- vernehmen zwischen der Münchener Kerzliche und der Orts- krankenkasse zu stören, lebhaft bedauert.“ Hierzu bemerkt die Redaktion des Blattes: „Es scheint, daß aus- wärtige Kollegen von einer wahren Wamie erfaßt worden sind, über Münchener Kerzte und Kassenvorhältnisse möglichst unrichtige Darstellungen zu geben. Die Herren Kollegen täten besser, sich nicht um Dinge zu kümmern, denen sie fernere stehen und die sie deshalb nicht verstehen können. Wenn sie aber schon die unbegreifbare Reizung empfinden,

Münchener Verhältnisse in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen, so sollten sie wenigstens nicht aus Quellen schöpfen, die zwar reichlich aber irrtümlich fließen.“

Die Generalversammlung der Ortsklasse der Maler zu Berlin fand am 17. April statt. Nachdem der vorliegende gedruckte Jahres- bericht einstimmig genehmigt wurde, die von der paritätischen Kom- mission ausgearbeitete und von der Jahresversammlung in München beschlossene Gehaltskala für die Beamten mit großer Majorität an- genommen.

Zur internationalen Arbeiterkonferenz, die am 8. Mal in Bern beginnt, hat der schweizerische Bundesrat folgende Delegierte ernannt:

Bundesrat Dr. Deucher-Bern; Dr. Kaufmann, Abteilungschef beim schweizerischen Industrie-Departement, All- bundesrat Emil Frey-Bern, Nationalratspräsident Schottinger-Luzern; Nationalrat Heinrich Scherer, Präsident der internatio- nalen Vereinigung für geschickliche Arbeiterfrage, St. Gallen; den Industriellen Jules Gautier (Grandson); Schindler, Präsident des schweizerischen Spinner-, Weber- und Zwirnervereins in Jürich und Oberbürger Otto Lang, Präsident des schweizerischen Arbeiterbundes in Jürich.

Zur Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung in Niederland.

Die niederländische Regierung hat einen Gesetzentwurf über Alters- und Invalidenversicherung veröffentlicht, der in seinen Grund- gedanken mit dem deutschen Muster übereinstimmt. Versicherungs- pflichtig sollen alle Arbeiter sein, die nicht mehr als 1000 Gulden (1700 Mk.) im Jahr verdienen. Die Beiträge sollen zur Hälfte vom Arbeitgeber und zur Hälfte vom Arbeiter selbst bezahlt werden. Die Administrationskosten, die Beiträge für Militärdienstpflichtige sowie die Hälfte der Beiträge für Gesangene soll der Staat über- nehmen. Diese Kosten sind auf 6 Millionen Gulden jährlich berechnet. Es werden fünf Beitragsklassen vorgeschlagen mit Wochen- beiträgen von 20 bis 48 Cent. Außer der Invalidenrente und der Altersrente, die mit dem 70. Lebensjahre beginnt, soll auch Witwen- pension gezahlt werden, jedoch nur 2 Gulden wöchentlich.

## Verfammlungen.

Maximalarbeitszeit oder Minimalruhezeit? Mit dieser Frage be- schäftigte sich eine Versammlung der Schlichtergeräten und Ver- käuferinnen, in der Hensel referierte. Er ging auf die Erhebungen des kaiserlich statistischen Amtes und auf die kürzlich an die Meister- und Gesellen-Organisationen versandten Fragebogen ein. Bei der wichtigsten Frage, ob Maximalarbeitszeit oder Mindestruhezeit, er- läuterte er das bisherige Verlangen der Organisation nach einem Maximalarbeitszeit und wies hierauf auf die Beschlüsse der Kon- gresse und Verbandstage in Gewerbe. Nachdem er alle Fragen einzeln begründet hatte, verlas er die vom Vorstande ausgearbeiteten Antworten und Begründungen und stellte dieselben den Versammelten zur Diskussion. Die Versammelten erklärten nach stattgefundener Diskussion, an der sich speziell Reszins und Blank beteiligten, einstimmig, diese Antworten und Begründungen an das kaiserlich statistische Amt abzugeben. Folgende Resolution wurde noch ein- stimmig angenommen:

„Die Versammlung beschließt in Bezug auf die Regelung der wochen- und sonntäglichen Arbeitszeit, daß die gesetzgebenden Körper- schaften des Reiches um die gezielte Festlegung einer täglichen Maximalarbeitszeit von zehn Stunden angegangen werden. Gleich- zeitig ersucht die Versammlung um schärfere Kontrolle der Sonntags- arbeit in den Fleischereien. Den Berufscollegen wird zur Pflicht gemacht, für Durchführung dieses Verlangens jezeit einzutreten und vor allem für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Vorschriften, für die Einhaltung der Sonntagsruhe zu sorgen.“

Wie noch mitgeteilt wurde, wird wie im Vorjahre auch in diesem Jahre eine Kontrolle der Gesellen feststellen, wo am Kar- freitag und den Osterfeiertagen länger gearbeitet wird, als es gesetzlich erlaubt ist. Es wurde ferner beschlossen, zum Karfreitag eine öffentliche Versammlung zu berufen, die darüber entscheiden soll, wann die im Jahre 1904 abgebrochene Lohn- bewegung wieder aufgenommen werden soll.

Berichtigung. In der Nr. 88 des „Vorwärts“ vom 18. April befindet sich in dem Bericht über die am 11. April stattgefundene Versammlung der Kostümschneider und Schneiderinnen u. a. die Behauptung, daß die Firma Aug. Lüders, Rohrenstraße, Ecke Friedrichstraße, unter Tarif arbeiten lasse. Wir stellen hiermit fest, daß dies den Tatsachen nicht entspricht, dies in der Versammlung auch gar nicht behauptet worden ist, mithin ein Irrtum des Berichterstatters vorliegt.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Verwaltungsstelle Berlin.

## Eingegangene Druckschriften.

Waffenblatt der österreichischen Parteigenossen. Verlag der Wiener Volkshausbibliothek, Ignaz Brand, 20 Heller. Titelbild: Der 1. Mai; ein Bild: Das Mädchen aus der Fremde; ein ganzseitiges Bild: Die erste Vorstellung der Mäher durch Schiller. Ein Porträt Schillers. Der Textteil enthält neben Massentexten und einem Gedicht Artikel von Schiller.

U. Karscher. Mit, nicht gegen einander! Zeitgemäße Hinweise für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. 131 Seiten. Preis 1,50 M. Wilmanns'sche Buchdruckerei (Hans Juretz), Dresden.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Heft 10. Besch betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 von Konrad Knapp und R. v. Schulz. Dritte Auflage. 408 Seiten. Preis brosch. 3 M., geb. 3,50 M. Verlag Gustav Fischer, Jena.

Wörter Jahressbericht des Arbeitersekretariats Kiel (Geschäfts- jahr 1904) nebst Jahresberichten der Gewerkschaftspartei Kiel und Dietrichs- dorf sowie einem Anhang Handlungsbuch-Rechnungen Kieler Arbeiter. Kiel, Selbstverlag des Arbeitersekretariats, 1905.

Zweiter Bericht des Gewerkschaftssekretariats und Gewerkschafts- parteis Magdeburg 1904. Druck Fr. Brögel, Magdeburg.

Ernst Haas. Anus und Bombe. Lieber und Gesänge für ein freies Ausland. Preis 50 Pf. 47 Seiten. Verlag M. Ernst, München.

Verband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Eig. Berlin.) Bericht und Rechnungslegung des Vorstandes für die Zeit vom 1. April 1903 bis 31. März 1905.

Wörter Jahressbericht des Arbeitersekretariats München und Ge- schäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München pro 1904. Anhang: Das Recht des Abzahlungsgehaltens von A. Rüdbaum, Rechtsanwalt. 54 Seiten. G. Dietz u. Co., München.

Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse der Maler zu Berlin für das Jahr 1904.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zum Eisenbahnerstreik in Italien.

Rom, 19. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Situation ist heute ernster als gestern, da die Nachrichten von dem Konflikt in Foggia große Erbitterung hervorgerufen. Der Zug- verkehr ist noch nicht aufgehoben. Weitere Kollektionen für die Streik- brecher rufen Proteste der Kaufleute und Hoteliers hervor. Die Kammer soll heute den Eisenbahnerstreik durchbrechen, damit gleich gegen das streikende Personal vorgegangen werden kann. Der Post- verkehr ist unterbrochen.

### Annahme des Eisenbahngesetzes in der Deputiertenkammer.

Rom, 19. April. (B. Z. W.) Bei Artikel 19 der Vorlage betreffend Gehaltssteigerung für ältere Beamte erklärt Minister- präsident Fortis auf eine Anfrage, die Regierung werde bei Anwendung dieses Artikels mit der größten Willigkeit vorgehen. Schließlich wird das ganze Gesetz in geheimer Abstimmung mit 289 gegen 45 Stimmen angenommen.



Kaufmannsgerichtswahlen.

Die amtlichen Formulare für die Wahllegitimation sind unentgeltlich außer beim Magistrat, Poststr. 16, auch an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgehülften und -Geschülften Deutschlands, Neue Friedrichstr. 20 I; Bureau der Gewerkschaftskommission, Engel-Platz 15; Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69; Jakob Wiebe, Gr. Frankfurterstr. 38.

Vierte Generalversammlung des Seemannsverbandes in Deutschland.

Hamburg, 18. April.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: Rechtsschutz und Unterstützungseinrichtungen des Verbandes.

Der Zentralvorstand hat hierzu eine Reihe Anträge gestellt, die den Ausbau der bestehenden Unterstützungseinrichtungen und die Einführung einer Krankenunterstützung verlangen. Nach halbjähriger Mitgliedschaft soll Rechtsschutz gewährt werden können, der aber nicht bewilligt wird bei strafbaren Handlungen und Privatklagen. Bei Effektenverlust durch Schiffbruch oder Schiffsbrand kann eine Unterstützung bis 50 M. gewährt werden. In Krankheitsfällen be-

trägt, je nach Dauer der Mitgliedschaft, die Unterstützung 4-8 M. pro Woche. Ferner kann ein Sterbegeld gewährt werden in Höhe von 50 M. Die betreffenden Unterstützungsreglements werden einer Kommission zur Beratung überwiesen.

Das Referat über diesen Punkt hält der Verbandsvorsitzende P. Müller, der die Notwendigkeit des Ausbaues des Unterstützungswesens betont, dabei auf die bekannten Erfolge anderer Gewerkschaften verweisend. Er tadelt die Verwischung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften befürchte, und es sei ja eine starke Strömung gegen das Unterstützungswesen vorhanden, der befürchte sich in einem bedauerlichen Irrtum. Der kolossale Aufschwung der Gewerkschaften datiere seit der Einführung der unterschiedlichen Unterstützungszweige, und den Maurern und Zimmerern, die auf ihren geschlossenen Verbandstagen ebenfalls Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt haben, werde doch niemand imputieren wollen, daß sie nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes ständen. Die Erhöhung des Beitrages von 1 M. auf 1,75 M. pro Monat werde die Seeleute nicht vor dem Eintritt in den Verband zurückhalten.

P. Hoffmann-Hamburg (Korreferent) ist entgegengelegter Meinung, er will es bei den jetzigen Unterstützungssätzen belassen, doch könne man dieselben in liberaler Weise zur Anwendung bringen. In der sehr lebhaften Debatte wenden sich die meisten Redner gegen die Anträge des Zentralvorstandes, die nach ihrer Meinung zu weit gehen und in Rücksicht auf die Eigenartigkeit des seemannischen Berufes sich schwer durchführen ließen. Sassenbach von der Zentralkommission trat lebhaft für die Erweiterung des Unterstützungswesens ein. Die Debatte wird darauf auf Mittwoch vertagt.

Hamburg, 19. April. Die Debatte über die Unterstützungseinrichtungen füllte noch die Mittwoch-Vormittags-Sitzung aus; das Gegenüberwog das für die Gegner haben hervor, daß abgesehen von prinzipiellen Gründen, den Seeleuten die nötigen Kräfte fehlen zur Durchführung der beantragten Einrichtungen. Hymel (Vertreter des Transportarbeiterverbandes) tritt warm für die Vorstandsbeschlüsse ein, der er als beste Empfehlung die guten Erfahrungen seines Verbandes in der beregten Frage mit auf den Weg geben könne. Schmalfeld-Dremer haben sich entschieden gegen die Vorlage aus. Es ist ein Antrag eingelaufen, der die Beratung der Unterstützung-Reglements durch eine Kommission mit nachfolgender Urabstimmung durch die aktiven Mitglieder bis zum 1. August 1905 verlangt.

In seinem Schlusswort tritt P. Müller nochmals mit Wärme für die Anträge ein, während Hoffmann-Hamburg die Ablehnung derselben befürwortet.

Ein Privattelegramm meldet uns: Hamburg, 19. April. Die vierte Generalversammlung des Seemannsverbandes lehnte heute mit 10 gegen 7 Stimmen den beantragten Ausbau des Unterstützungswesens ab.

Wasserstand am 18. April. Elbe bei Ruffig + 1,26 Meter, bei Dresden + 0,08 Meter, bei Magdeburg + 2,62 Meter. - Uckeritz bei Straußfurt + 1,70 Meter. - Oder bei Ratibor 2,07 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,24 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,14 Meter, bei Frankfurt + 1,94 Meter. - Weichsel bei Brahmünde + 4,24 Meter. - Warthe bei Polen + 1,68 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 20. April. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Desenhliche Hauptprobe zum Sinfoniekonzert. Schauspielhaus. Geschlossen. Deutsches. Wilhelm Zell. Berliner. Alt-Heidelberg. Westen. Alessandro Stradella. Rational. Jibella. Neues. Ein Sommernachtstraum. Thalia. Geschlossen. Zentral. Der Troubadour. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater). Gyges und sein Ring. Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater). Augen rechts! Hierauf: Die stillhe Forderung. Leistung. Demetrius. Kleines. Die Reudemähten. Abschieds-Souper. Neues. Das große Geheimnis. Trianon. Das erste Gebot. Deutsch-Amerikanisches. Ueber großen Teich. Selb-Alliance. Die Fahrt vor der Kirmis. Carl Weiß. Die kleinen Vagabunden. Luffen. Der neue Stiftsarzt. Metropol. Theres Krones. Kasino. Kolos Vater. Lustspielhaus. Der Prügelsang. Eine Abrechnung. Der Aufseher. Apollo. Das Weihenmädchen. Spezialitäten. Herrfeld-Theater. Die Reherhain. Palast. Geschlossen. Passage-Theater. Gumi Kröcher. Bipp. Die 7 Millionen. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Säng. Wintergarten. Leo de Kerche. Julius Spielmann. Spezialitäten. Urania. Lindenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Nachm. 4 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Freitag: Geschlossen. Sonnabend, Sonntag, Montag: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Die Neudemähten. Hierauf: Abschieds-souper. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Nachtschl. Sonntag, Montag nachm. 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Familienidyll. Liebesträume. Sorenianismus. Sonntag abends 8 Uhr: Die Neudemähten. Abschieds-souper. Montag abends 8 Uhr: Angelo. - Abschied vom Regiment.

National-Theater. Weinbergweg 19. Donnerstag, den 20. April 1905: Undine. Freitag (Karfreitag): Johannis-passion. Sonntag: Verdes Golly. Francesco d'Andrade: Rigoletto. Nachmittags: Fido. 2. Osterfesttag: Fledermaus. Nachmittags: Undine.

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Das erste Gebot. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Das erste Gebot. In beiden Osterfesttagen abends: Ihr Affli. Nachm.: Die glückliche Alibone.

Urania, Taubonstr. 40/49. 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. 4 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62. P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Das sensationelle Riesen-Mädchen!!! Rosa Wedsted, 2 Meter 20 cm hoch, größte lebende Riesin der Welt.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Der neue Stiftsarzt. Freitag: Karfreitag-Konzert. Sonnabend: Die rosa Dominos. Sonntag nachm.: Faust. Abends: Die deutschen Komödianten. Montag nachm.: Don Carlos. Abends: Kerib-Phry. Dienstag nachm.: Lorbeerbaum und Bettelstab. Abends: Der Derrgottschänker.

Apollo-Theater.

218. Friedrichstraße 218. Donnerstag und Sonnabend: Paul Lincke - Fest-Abend unter persönl. Leitung d. Komponisten Paul Lincke. Glühwürmchen-Abend aus Nysistrata. Ob Du mich liebst? aus Nakhris Hochzeit. - Es war einmal, aus im Reiche des Indra. Neu! Illustrierte Gefänge mit dem Auditoriums-Chor. Reg-Engagements erklaffiger Spezialitäten.

Metropol-Theater

Heute Donnerstag: Therese Krones. Volksstück mit Ges. in 3 Akten. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Karfreitag: Geschlossen. Sonnabend, den 22. April 1905: Therese Krones. Oster-Sonntag, Oster-Montag: Die Herren von Maxim.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpnickerstr. 67/69, Stat. Jannowitzbr. Zum Jeden Abend! Ueber'n großen Teich. 467. TEICH. Male: Anf. 8 Uhr, Ende 10<sup>00</sup>. Sonntag nachm. 3 Uhr: HALBE PREISE. „Ueber'n großen Teich“.

Residenz-Theater.

Dr. Richard Alexander. Heute: Das große Geheimnis. Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff. Morgen Karfreitag: Geschlossen. Sonnabend 8 Uhr: Das große Geheimnis. Ostermontag, Ostermontag und sol. Tage 8 Uhr: Herzogin Crevotta. Ostermontag, Ostermontag nachmittags 3 Uhr: Der Hütenbesitzer.

Schiller-Theater. Friedrich-Wilhelm-Bühnen-Theater. Donnerstag, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring. Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Heibel. Freitag, abends 8 Uhr: Geistliches Konzert. Sonnabend, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring. Donnerstag, abends 8 Uhr: Augen rechts. Komödie in 3 Akten v. Jon Lehmann. Hierauf: Die stillhe Forderung. Glauberei von Otto Erich Hartleben. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Meine Schwiegertochter.

Freie Volksbühne. 1. Abteilung. Extravorstellung. Dienstag, den 3. Osterfesttag, nachmittags 2 1/2 Uhr, öffentliche Extravorstellung im Berliner Theater: Ein Teufelskerl. Entree 50 Pf. Billets direkt an der Kasse. Garderobe 10 Pf. Sonntag, den 30. April, nachmittags 1/3 Uhr, im National-Theater: Zweite Extra-Opernvorstellung Rigoletto. Marken bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen a 1 Mark inkl. Garderobe und Heft.

Sonntag, den 23. April (1. Osterfesttag), und Montag, den 24. April (2. Osterfesttag): Metropol-Theater. Berliner Theater. 7. und 8. Abteilung: Sappho. Kabale und Liebe 2 1/2 Uhr. Schiller-Feier. Sonntag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain am Königstor. festrede u. 9. Sinfonie von Beethoven. Festmarken und Gastkarten in beschränkter Anzahl bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen.

Opern-Vorstellungen im National-Theater. Anfang 3 Uhr. 7. und 14. Mai: Fidelio. 21. und 28. Mai: Fledermaus. 228/16 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Passage-Theater. Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. 3. Sonntag 5 Uhr. Emmi Kröcher dem Berliner sein Fall. Die 7 Allison. Lotte Sebus. Losoros, Koloratur-Sängerin. Man de Wirk, Damen-Imitator. 14 neue glänzende Nummern.

Bernhard Rose-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. In der Karwoche: Geschlossen. Sonntag, den 23. April 1905 (Osterfesttag): Papageno. Poffe in 1 Akt von Rud. Knefel. Montag, 24. April (2. Osterfesttag): Die Tochter des Heimgelächens. Grobes Sensationsstück mit Gesang und Tanz in 7 Bildern.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Briggelunge. Eine Abrechnung. Der Aufseher. Freitag: Geschlossen. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Das böse Prinzchen. Abends 8 Uhr: Der Prügelsang. Eine Abrechnung. Der Aufseher.

Kasino-Theater. Colingierstraße 37. Täglich 8 Uhr: Lolo's Vater. Reisschid in Ad. L'Arronge. 4 Akten von Vorher das gr. neue April-Programm. 1. Feiertag (Sonntag) 4 Uhr: In Vertretung. 2. Feiertag (Montag) 4 Uhr: Heirat auf Probs.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Heute: geichlossen. In allen drei Osterfesttagen: Große Fest-Vorstellungen! Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Mittwoch, den 20. April 1905: Schluss der Saison! Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, den 20. April, abends präzis 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Gala-Programm u. nur noch kurzes Gastspiel! Wirklich sensationelle Novität! 12 Original-Chinesen 12, darunter der berühmte Ex-Mandarin Tsching-Ling-Foo. Das größte aller lebenden Wunder! Ferner: Die reizende Little Cheo-Toy, Chad-ru, der zweiöpfige Krabe. Po-ta-to, die menschliche Säule. Die berühmten kleinstfüßigen Frauen. Um 9 1/2 Uhr: Das Pracht-Ravage-Schauspiel Eine Nordlandsreise. Anfang! In beiden Osterfesttagen, nachmittags und abends, ausnahmstweil: Eine Nordlandsreise. Aufgeben in jeder Vorstellung: Tsching-Ling-Foo und seine 12 Original-Chinesen. Nachmittags ein Stud frei!

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 192. Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Kinderoper, keine Preise: Max und Moritz. Sonntag und folgende Tage: Die kleinen Vagabunden. - Anfang 8 Uhr: Sonntag u. Montag nachm. 3 Uhr, Carlet 60 Pf.: Die Kinder des Kapitän Grant. Dienstag nachm. 3 1/2 Uhr: Kinderoper, keine Preise: Aschenbrödel. Heute und morgen: Geschlossen.

Palast-Theater. Bürgerstr. 22. früher Feen-Palast. 2 Wein u. 2 Pf. Börse. Bis-a-vis d. Börse. In der Karwoche bleibt das Theater wegen Vorbereitung zum Osterfeste geschlossen. Sonntag, den 23. 1. Feiertag: Montag, den 24. 2. Feiertag: Dienstag, den 25. 3.

Das Riesen-Fest-Programm. Der Raub der Sabinerinnen. Schwan in 4 Akten von J. und W. v. Schöndthan. Straße, Theaterdirektor: Richard Winkler. Das glänzende Spezialitätenprogramm. Anfang 8 Uhr. Reher: Konzert. Entree 50 Pf.

Volksgarten-Theater (früher Weimann). Heute: Keine Vorstellung

Urania, Wrangel-Straße 10-11. Jeden Dienstag und Donnerstag: Nord. Säng. Nach der Solera: Tanzkränzchen ohne Nachzahlung ohne Nachzahlung C. J. Walter. Gr. Ball. Anfang 8 Uhr. Tanz frei.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen heute großes Streich-Konzert. Rigo, Lagos. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Fritz Steidl-Sänger. Nach jeder Vorstellung im Keller: Tanz.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse Ernst Schäfer am Montag plötzlich gestorben ist. Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. April, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Amtsfeld aus statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. 202/15 Der Vorstand.

Deutscher Textil-Arbeiter- und -Arbeiterinnen-Verband. Filiale Köpenick. Am Dienstag, den 18. d. M., verstarb plötzlich unser treuer Kollege 197/15 Ernst Schäfer.

Seine gütige und redliche Beerdigung im Verbandsverband wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Freitag, den 21., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Amtsfeld, aus statt. Regere Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Kausstücker-, Packer- und Geschäftskutscher-Vereinigung Berlins und Umgegend. Am Dienstag, den 18. d. M., verstarb nach längerer Krankheit unser Mitglied August Brömme im 47. Lebensjahre. Ihre feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Richthofes in Weihensee aus statt. 1825 Der Vorstand.

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank! 10825 August Ringer nebst Kindern.

Dankfagung. Für die Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage insbesondere dem Vorstand der Maurer (Bayer) und dem 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis meinen herzlichsten Dank! 1105 Emilie Steinke und Kinder.

Dankfagung. Für die rege Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Paters Hermann Vrepbernan sagen allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Nordwest“ unseren innigsten Dank! 11125 Ww. Pauline Vrepbernan nebst Kindern.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Säng. Tagesklasse 11-1 1/2 Uhr. Anf. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.







**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden!  
Jetzt nach beendeter Engros-Saison  
auch Einzelverkauf

enorm  
billig  
Jackets,  
Havelocks  
Capes,  
Staub-  
Mäntel,  
Reise-  
Kostüm-  
Röcke,  
Kinder-  
und  
Backisch-  
Paletots.



**Robert Baumgarten,**  
Hausvogtei-Platz 11, 2. Etage  
(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung dieses In-  
sertes an der Kasse werden  
5 Proz. Rabatt vergütet.

**Achtung! Achtung!**  
**Hamburger Rohabak-Haus!**  
Am 22. April eröffnen wir in der  
**Brunnenstr. 190**  
eine **Verkaufsstelle**  
Durch Lieferung von nur guter  
Ware bei billigen, aber festen Preisen  
hoffen wir auf gütigen Zuspruch.  
Ein Besuch im eigenen Interesse  
wird obiges bestätigen. 28612\*

**Hengfoß & Maak**  
BERLIN N., Brunnenstraße 190.

**Eine Mark**  
wöchentl. Teilzahlung  
lieferbare elegante fertige  
**Herren-Moden.**  
Erfahrung für Maßarbeit.  
Anfertigung nach Maß.  
feinste Verarbeitung.  
Garantie tadelloser Sitz.  
Spezialgeschäft für  
**Herren-Bekleidung.**  
Kein Waren-Kredithaus.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

**Reste**  
Damentuche, schwarz u. farb.  
Costumes-Stoffe, neueste  
Kammgarne (Muster  
Staubmäntel-Stoffe  
Corkscrew  
Sammet, Plüsch  
Besatzartikel. 2265L\*

**Confection**  
Jaquetts, Dollmann  
Staubmäntel, Costumes  
Costum-Röcke, Blousen.  
**C. Pelz, Kottbuser**  
Straße 4.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige  
**Herren-Garderoben.**  
Ersatz für Maß.  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurter-Str. 37, II.  
Eingang Strausberger Platz.

**Konkursmassen-  
Ausverkauf!**  
Die aus der Konkursmasse  
Robert Hermann & Co.  
erstandenen Waren, bestehend aus:  
**Teppichen, Portieren,  
Gardinen, Diwan-,  
Tisch-, Bett- u. Steppdecken**  
sowie eine Möbelstoffreste  
kommen zu fabelhaft billigen,  
fest garantierten Preisen zum Ver-  
kauf! 100/18\*

**Spandauerstr. 65-67, I.,  
bei Bursch.**  
Verkaufszeit 9-1, 3-8 Uhr.

Nur noch kurze Zeit.  
**Inventur-  
Ausnahmepreise!**  
Reichgestickte  
**Portieren**  
abge-  
paßte  
Die ganze  
**Dekoration**  
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)  
in Plüsch . . . 8<sup>85</sup> (Wert  
16,00)  
in Filztuch . . . 4<sup>85</sup> (Wert  
7,50)  
in Wollserge 5<sup>25</sup> (Wert  
9,00)  
in Viktoriatuch . 8<sup>25</sup> (Wert  
13,50)  
in hell  
seidenart. Empire 10<sup>25</sup> (Wert  
18,00)\*

**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.  
Inventur-Extraliste } gratis  
u. Katalog mit ca. 600 } und  
Illustrat. } franko.

**Nathan Wand**  
129 Stallh. 120.  
Die schönsten 28562\*

**Herren-Sommer-Paletots  
und Anzüge** in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Abalieren getragene Sachen,  
samt neu, für jede Figur passend,  
speziell Bandanzüge sind in  
großer Auswahl stets zu handend  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Stallh. 120.  
Hauptstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Landschinken** a Pfd. 1,00  
Delikateschinken . . . 1,10  
Speck, mager . . . 0,75  
fetter . . . 0,70

**Schlackwurst,**  
weiche . . . 0,95  
harte . . . 1,15  
weithäufige . . . 1,25  
Thüringer . . . 1,40

**Salami, weiche** . . . 0,95

**Sämtliche Wurstwaren**  
**Ernst Klähn,**  
Ehrenpreis Brüssel 1900.

**MATADOR**  
GEBR. RESCHKE  
**BRIKETS**

**Unerreicht**  
billigste Bezugsquelle für moderne Herren-  
und Knaben-Garderobe ist nur  
**110 Leipzigerstraße 110.**  
Kein Laden!! Hof geradezu!!  
Anzüge und Paletots, auch für korpusante 10 M. an.  
Figuren, von  
**110 Leipzigerstraße 110.**  
Hof geradezu! 28272

Eigene Werkstätten:  
  
Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Wir empfehlen: 234/6\*  
**Leuchtkugeln**  
Erste und heitere Vortrag-  
gebilde für Arbeiterfeste.  
Preis 50 Pf.  
**Buchhandlung Vorwärts.**

**Diese Woche**  
täglich bis 9 Uhr abends,  
Karfreitag 8-10 u. 12-2 Uhr  
gelassen zum Verkauf  
Hundert unübertroffen  
**billige**  
aus feinsten Massstoffen  
gefertigte, moderne, letzte  
Saison zurückgesetzte  
hochvornehme Herren-  
**Anzüge**  
**Paletots**  
deren sonstiger Masspreis  
40-70 M. ist, jetzt 15-30 M.  
Gehrockanzüge jetzt 21-40 M.  
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.  
Deutsches Versandhaus  
Jägerstr. 83, 1. Treppe.  
Firma und Nummer achten.

**Wilh. Burg, Restaurant**  
Lindenstr. 3,  
2. Hof parterre  
empfiehlt sein 27912\*

**Großes Vereinszimmer**  
(bis 120 Personen) für Geschäfts-  
Besprechungen und Vereine. Vor-  
zügliche Speisen und Getränke.

**Möbelfabrik.**  
Die besten und billigsten  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
kaufen Sie bei 2836L\*  
**Julius Apelt, Tischlermeister,**  
Berlin SO., Skaltzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

**Lungen-, Herz-,  
Magen-, Nieren-, Blasenleiden**  
behandelt nach fachwissenschaftlicher  
Erfahrung m. vorzähl. Erfolgen  
**Dr. med. Saland**  
Neue Berliner Naturheilkunst  
Kopernikusstr. 29, Alte Warthauerstr.  
Sprechst. 8-11, 6-8. Sonntags 8-10.

**Brennabor-Räder**  
und Jenensia-Räder auf  
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!  
Sozial-Räder M. 65,- mit Freilauf M. 100,-  
Räder M. 65,- mit Freilauf M. 100,-  
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.  
**23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.**



**Versandhaus Germania**  
seit 15 Jahren 24502\*  
Unter den Linden 21, II. Fahrstuhl.  
neben der Passage.  
Zweiggeschäfte unterhalten wir nicht.  
**Hochvornehme Herren-Paletots und -Anzüge**  
aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 M.  
**hochelegante Beinkleider 9 bis 12 M.**  
Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.

**Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen**

**Oskar Arnold**  
Dresdenerstr. 116  
Kein Laden (am Oranienplatz).

**Filzhüte, Cylinderhüte,  
Strohüte,  
Stoffhüte und Mützen!**

Engros! Export!  
Einzelverkauf  
zu auffallend, billigen aber  
streng festen Preisen,  
aussergewöhnlich reich-  
haltige Auswahl!

**Partlewaren  
führe ich  
nicht!**  
sondern nur moderne,  
fehlerfreie Ware.








Dieser moderne, schwarze, steife Hut mit  
Futter kostet 1,75 Mk. in nur febler-  
treuer, realer Ware.

Diese Form führe in Filz-, Stroh- und  
Stoffhüten. Stoffhüte für Herren und  
Kinder in sehr reichhaltiger Auswahl.

Herren-Mützen schon von 40 Pfg. an,  
ca. 150 verschiedene Sorten in allen  
Preislagen vorrätig.

Knaben- und Mädchen-Mützen in allen  
Formen (ca. 100 verschiedene Muster).

**Amerikanische Verkaufshallen**



für  
**Herren-, Knaben-, Arbeiter-  
und Berufskleidung**  
**nur Rosenthalerstr. 53 (Ecke Weinmeisterstr.)**

Erstes und einziges Geschäft dieser Art  
\* \* \* Deutschlands. \* \* \*  
Wir verkaufen nach Serien zu streng festen Preisen bei enormer Auswahl  
und führen als Beispiel an:

Serie 242. Herrenanzug . . . 13,50	Serie 740. Knabenanzug . . . 6,00
244. Herrenanzug . . . 18,50	511. Herrenbeinkleid 2,65
306. Herrenpaletot . . . 11,25	520a. Herrenbeinkleid 4,80
310. Herrenpaletot . . . 10,00	514. Weste . . . 1,75
371. Gehrockanzug . . . 19,75	620. Weste . . . 3,95
379. Gehrockanzug . . . 28,50	153. Maßpaletot . . . 35,00
399. Jünglingsanzug . . . 8,25	152. Maßpaletot . . . 24,75
601. Jünglingsanzug . . . 16,50	110. Maßanzug . . . 28,50
428. Knabenanzug . . . 1,85	112. Maßanzug . . . 45,00

Unser System schützt Sie vor Ueber-  
vorteilung, somit streng reelle Bedienung.







Partei-Angelegenheiten.

Schwerer Wahlkreis. Zuspätkommen. Am Karfreitag findet für die Genossen unseres Kreises eine Parteiverammlung...

Ein Raubmordversuch

Ist gestern früh im Hause Wilhelmstr. 184 verübt worden. Gegen 9 1/2 Uhr vormittags wurde die 78 Jahre alte Trödelerin Witwe Krause mit faulstüchiger Stirn- und Schädelwunde...

Das Opfer des Raubmordversuchs ist die am 24. Februar 1827 zu Berlin geborene Witwe Karoline Krause geb. Kieffe, verwitwet gewesene Rademann, in der Wilhelmstr. 184. Es handelt sich um einen ähnlichen Mordversuch, wie ihn erst vor einigen Tagen der entlassene Fürsorgezögling Schulze aus Köpenick auf die Witwe Krause am Stralauer Platz verübte.

Die schwer Verletzte konnte bereits am Vormittag vernommen werden. Sie erzählte, daß der Täter zwischen 8 und 9 Uhr zu ihr in den Laden gekommen sei, um angeblich eine Dose zu kaufen; er traf sie, während sie ihm einige Weinkleider vorlegte, mit einem stumpfen Instrument und brachte ihr eine Wunde am Kopfe bei.

Berliner Nachrichten.

Erfolge des Vegetarismus

Sollten in einer öffentlichen Versammlung gezeigt werden, die von Berliner Vegetariern veranstaltet worden war. Zu diesem Zweck wurden den Versammelten vegetarisch ernährte Kinder vorgeführt.

Wir bestimmen uns übrigens, hier in Berlin schon vor einigen Jahren eine Ausstellung vegetarisch ernährter Kinder gesehen zu haben, die doch ein erheblich frischeres Bild bot. So viele Bleichgesichter, wie uns diesmal aufhielen, haben wir damals nicht bemerkt.

Der Versuch, die Erfolge einer Lebensweise durch Vorführung von Mustereemplaren „beweisen“ zu wollen, ist nicht mal ganz ungefährlich. Dabei kann es einem leicht passieren, daß die Gegenpartei mit Mustereemplaren aufwartet, die noch „beweiskräftiger“ sind.

Der theoretische Teil des Abends bestand in Vorträgen über die Frage, wie man gesunde Kinder erzeugt und sie zu gesunden Menschen erzieht. Redakteur Schirrmeyer sprach über „Erziehung zur Ehe“.

Nach den Vorträgen gab es zunächst ein Intermezzo: die Kraftproduktion eines elfjährigen Mädchens, das seinen Vater über die Bühne trug. Der Vater, ein großer hagerer Mann mit ellenlang herabhängendem Haupthaar, wiegt 140 Pfund.

In der Fragebeantwortung, die den Schluß bildete, wurde die Frage der Beziehungen des Vegetarismus zum Sozialismus berührt. Die Antwort lautete, die völlige Reform unserer Lebensweise, die der Vegetarismus im weiteren Sinne erstrebe, sei allerdings eine völlige Umgestaltung der Produktion wie der Konsumtion voraus.

Die Kellereien der Berliner Kaufmannschaft haben zu der von der Kreisynode Berlin II den Reichstagen unterbreiteten Petition wegen Erlaß scharferer gesetzlicher Handhaben zur Unterdrückung schlechter Literatur- und Kunstzeugnisse Stellung genommen.

Die Genickstarre

Jene unheimliche Infektionskrankheit, welche sich vom Südoften aus über Deutschland verbreitet, hat vorgestern auch hier ihr erstes Opfer gefordert. Die in der Kirchstraße 87 in Rixdorf wohnende Bekannte Elise Schulz war plötzlich erkrankt.

Ob der Tod der Frau bei schneller Heilung zu verhindern gewesen wäre, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall gibt aber auch dieser unglückliche Krankentransport eine Illustration zu der offiziell immer noch abgelehnten Krankenhausnot.

Die epidemische Genickstarre äußert sich als akute Entzündung der weichen Gehirn- und Rückenmarkshäute; es scheint, daß ein Mikroorganismus der Erreger der Krankheit ist. Es werden von ihr vorwiegend gesunde und kräftige Personen befallen; auch will man bemerkt haben, daß das männliche Geschlecht ihr häufiger unterliegt als das weibliche.

Heber die Genickstarre in Oberschlesien liegen jetzt umfangreiche amtliche Mitteilungen aus dem Kultusministerium vor. Es geht daraus hervor, daß schon im November vorigen Jahres in Königshütte und dem benachbarten Reu-Heibul einige Fälle vorkamen.

Die Genickstarre in Oberschlesien liegt jetzt umfangreiche amtliche Mitteilungen aus dem Kultusministerium vor. Es geht daraus hervor, daß schon im November vorigen Jahres in Königshütte und dem benachbarten Reu-Heibul einige Fälle vorkamen.

Auch in München ist die unheimliche Krankheit ausgebrochen. Dort sind am Ende der verfloffenen Woche zwei Todesfälle

infolge von Genickstarre vorgekommen. In zwei weiteren Fällen trat Genickstarre ein. Einen epidemischen Charakter zeigten diese Fälle nicht.

Nach einem Telegramm aus Krakau ist die Genickstarre-Epidemie in Galizien immer noch in der Ausbreitung begriffen. Wie die Statthalterei berichtet, sind in acht galizischen Bezirken vom Februar bis 11. März 128 Fälle von Genickstarre vorgekommen, von denen 88 einen tödlichen Verlauf genommen haben. 16 Kranke sind bisher geheilt.

Die Gefährdung der Berliner Waisenanstalt zu Rummelsburg. Der von der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Vorlage über Änderung in der Benutzung der Waisenanstalt eingesetzte Ausschuss tagte am Dienstagabend. Die Vorlage will das Haus 5 im Waisenhaus als Säuglingsheim einrichten und es möglichst noch im Oktober in Benutzung nehmen.

Die fünf städtischen Straßenschnitten, welche vor Monatsfrist bereits den Gegenstand einer Vorbesprechung zwischen Vertretern der Verkehrspolizei und des Magistrats bildeten, beschäftigen dem Vernehmen nach gegenwärtig die eisenbahntechnische Aufsichtsbekanntmachung.

Heber den gegenwärtigen Stand des Schwebebahn-Projektes. „Gesundbrunnen-Rixdorf“ berichtet der Ingenieur Dr. Kollmann in einem Aufsatz „Der Großstadt-Verkehr“ folgendes: Die städtische Verkehrsdeputation hat von der kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg nicht allein den Bau einer Grobbleckbahn (in natürlicher Größe und den in Aussicht genommenen Material), sondern auch den Nachweis der technischen Ausführbarkeit auf der geplanten Nord-Südstraße verlangt.

Heber den gegenwärtigen Stand des Schwebebahn-Projektes. „Gesundbrunnen-Rixdorf“ berichtet der Ingenieur Dr. Kollmann in einem Aufsatz „Der Großstadt-Verkehr“ folgendes: Die städtische Verkehrsdeputation hat von der kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg nicht allein den Bau einer Grobbleckbahn (in natürlicher Größe und den in Aussicht genommenen Material), sondern auch den Nachweis der technischen Ausführbarkeit auf der geplanten Nord-Südstraße verlangt.



„Eine Schiller-Strasse“ hat Berlin nicht und auch der in der Bevölkerung laut gewordene Wunsch, nach Anlaß der bevorstehenden Schiller-Feier eine Straße nach Schiller zu benennen, dürfte kaum noch Erfüllung finden können, da in einigen Gemeinden Groß-Berlins schon Straßen dieses Namens vorhanden sind. Der Gedanke, den Berliner eine „Schiller-Strasse“ zu geben, war schon kurz nach der Schiller-Feier von 1859 aufgetaucht. Als im Jahre 1861 in der Luisenstraße der Bauhof zwischen Prinzenstraße, Ritterstraße, Wassertrasse und Luisen-Ufer durch eine von der Ritter- zur Wassertrasse führende Querstraße aufgeschlossen werden sollte, wünschten die Besitzer der Ländereien, die Wilkinschen Erben, für die neue Straße den Namen „Schiller-Strasse“. Diese Bitte wurde indes abgelehnt, und durch Kabinettsorder vom 13. Dezember 1861 wurde die Straße als „Fürstenstraße“ benannt. Ausschlaggebend hierfür war die Beziehung zur benachbarten „Prinzenstraße“, wie früher auch die „Ritterstraße“ ihren Namen mit Rücksicht auf die nahe „Junkerstraße“ erhalten hatte. Erst zehn Jahre später bekam dann Berlin den „Schiller-Platz“, der seinen Namen dem Schiller-Denkmal verdankt. Am 10. November 1871 war das Schiller-Denkmal enthüllt worden, fünf Tage später beantragte der Magistrat durch Immediatgesuch für den vor dem Denkmal gelegenen mittleren Teil des Gendarmenmarktes die Bezeichnung „Schiller-Platz“, und schon nach weiteren fünf Tagen erfolgte durch Kabinettsorder vom 20. November 1871 die Genehmigung.

Der neue Dom ist nunmehr zur Besichtigung freigegeben. Sie ist von Dienstag, 25. April, an bis auf weiteres in der Zeit von 10 bis 12 Uhr mittags werktäglich gestattet. Geöffnet wird das Portal gegenüber der alten Schloßapotheke an der Kaiser-Wilhelm-Brücke, von wo aus das Publikum eintreten darf. Wer sich also an Konditorien erkunden will, hat jetzt Gelegenheit dazu.

Die Hundesteuermarken für das am 31. März d. J. zu Ende gegangene Steuerjahr 1904 verlieren mit dem 31. Mai d. J. ihre Gültigkeit. Von diesem Tage ab sind die mit solchen Marken versehenen Hunde gegen das Aufgreifen durch die Hundbeamten des Deutschen Hundeschutzvereins nicht mehr geschützt. — Diejenigen Besitzer steuerpflichtiger Hunde, welchen bis dahin die Steuerquittungen und Marken für das erste Halbjahr des am 1. April d. J. begonnenen Steuerjahres 1905 noch nicht zur Zahlung der Steuer vorgelegt worden sind, haben sich rechtzeitig an die Steueramtsstellen ihres Bezirkes zur Empfangnahme der Marken gegen Zahlung der Steuer zu wenden.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Wassertrasse. Der 16 Jahre alte Schloßherrenlehrling Rudolf Währ aus der Reichenbergerstr. 40 fuhr auf seinem Zweirad durch die erkrankte Straße, als ein leerer Steinwagen im Trabe hinter ihm herkam. Der junge Radfahrer kam zu Fall und der Kutscher fuhr mit seinem schweren Wagen über ihn hinweg. In der Unfallsituation in der Alexandrinenstraße, wozu man den Beihilfe in einer Droßel brachte, stellte der Arzt schwere innere Verletzungen fest, doch wurde der Verunglückte in die Wohnung seiner Eltern gebracht. Das Fuhrwerk, welches das Unglück angerichtet hat, gehört dem Fuhrwerksbesitzer Karl Arendt in der Reipestraße zu Rigdorf.

Verkraterter Leichtsinn. So oft auch schon davor gewarnt ist, beim Feueranmachen Petroleum zu verwenden, scheint doch diese Unsitte nicht auszurufen zu sein. Mittwoch nachmittag ist dadurch wieder einmal großes Unheil angerichtet worden. Das bei der verwitweten Frau Dr. Kleiniger in der Schönebergerstr. 17 wohnende 16jährige Dienstmädchen Ida Lohmann geht trotz wiederholten Verbotes Petroleum auf die Kohlen, da das Feuer nicht schnell genug in Gang kommen wollte. Hierbei schlug eine Stichtanne aus der Herdöffnung heraus und ergriff die Kleider der I., so daß sie in wenigen Sekunden am ganzen Körper lichterloh brannte. Auf ihr Hilferufen stürzten die beiden Söhne ihrer Herrschaft herbei und erstickten durch Aufwerfen von Tüchern und Decken die Flammen. Das leichtsinnige Mädchen hatte aber am ganzen Körper bereits so schwere Brandwunden davongetragen, daß es von der herbeigerufenen Feuerwehre sofort nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft werden mußte. Hier liegt die Unglückliche in fast hoffnungslosem Zustande danieder.

Ein Ueberfall auf eine Frau wird aus dem Hause Greifswalderstraße 228a gemeldet. Dort wurde die 25jährige verehelichte Nordmachersfrau Pauline Vattika von dem 16jährigen Nordmacherslehrling Johannes Zoberber aus Ludenwalde plötzlich angegriffen und mit einem Hammer mehrmals auf den Kopf und ins Kreuz geschlagen. Die Verletzungen sind nicht allzu schwer, doch liegt Frau V., die sich in geeigneten Umständen befindet, vor Schrecken und Aufregung krank danieder. Der Täter ist ihr, die mit Wörden handelt, als Sohn ihres Lieferanten wohlbelannt. Sie ließ ihn daher arglos ein, als er früh bei ihr erschien, bezahlte ihm mehrere Mark, die er seinem Vater überbringen sollte, und empfing ihn ebenso freundlich, als er nachmittags wieder erschien. Der Vorfälle hatte aber inzwischen die in Berlin vereinnahmten Gelder in Höhe von 30 M. bis 3 M. durchgebracht, sich überdies betrunken und hieß plötzlich mit einem Hammer, den er vom Schrank nahm, auf die Ahnungslöcher ein. Als sie nach der Küche flüchtete, versetzte er ihr hinter dem Rücken einen Schlag, dann nahm er Reißaus. Auf der Straße muß ihm wohl die Bestimmung gekommen sein, denn er stellte sich selbst einem Schutzmann, der ihn zur Wache brachte. In der Wohnung der Frau Vattika, durch die Kriminalpolizei vorgeführt, sagte er nur, daß er bereit sei, Abbitte zu leisten.

Defertiert ist der Kanonier Rühliger, der im zweiten Jahre hier beim 2. Garde-Feldartillerie-Regiment in der Kruppstraße diente. Er war angeklagt worden, im Reitstall zwei Weisbäcker gestohlen zu haben und sollte sich wegen dieser Anklage am Dienstag vor dem Militärgericht verantworten. Seit Montag abend ist Rühliger jedoch verschwunden. Er soll ins Ausland gegangen sein.

Am Karfreitag spricht Direktor Archenhold auf der Treptow-Sternwarte nachmittags um 5 Uhr über: „Entscheiden und Vergehen der Welten“, am ersten Osterfesttag nachmittags um 5 Uhr über: „Ein Ausflug in die Sternwelten“, abends 7 Uhr über: „Wie finden unsere Schiffe ihren Weg über den Ozean?“. Am zweiten Feiertag findet abends 9 Uhr ein Vortrag: „Die Wohnbarkeit der Welten“ statt. Am Tage wird mit dem großen Fernrohr der große Sonnenfleck gezeigt.

Die Große Berliner Kunstausstellung 1905, die Sonntag 12 Uhr eröffnet wird, ist im großen ganzen folgenbeseitigt angeordnet. Die beiden Säle links von der Empfangshalle und dem Grenzsaal sind den Illustratoren eingeräumt, rechts hat die Architektur ihre Stätte, der noch drei weitere Räume zur Verfügung gestellt sind. Von dort kommt man zur Sammlung des jüngst verstorbenen Wiener Meisters Rudolf v. Alt (im Kabinett Nr. 48), weiter zu den Arbeiten des Dresdener Malers und Bildhauers Professor Hermann Prell (Nr. 49). Der benachbarte langgestreckte Saal 50 hat die Werke der Münchener Künstlergenossenschaft aufgenommen. Auf der linken Seite kommt man von dem großen Saal der großen Illustratoren zu den Elbtern (Dresden), dann zu einer Sammlung des Professors Starbina-Berlin und weiter zur Münchener Luisen-Galerie (31). Links vom dritten Mittelraum sind die Arbeiten Wily Hamadys, rechts die von Prof. Hans Hermann vereinigt. Das Kabinett 29 enthält Werke des Berliner Malers Professor Jacob. Dann folgt (im Saal Nummer 28) die Sammlung des in Rom lebenden Bildhauers Professor Arthur Volkmann. Die Säle des Rundganges auf beiden Seiten sind von der Deutschen Schwarzweiß-Ausstellung besetzt. Die Mittelräume 9 und 10 sind den Düsseldorfern überlassen. Der folgende Mittelraum (11) und die links sich anschließenden Räume (10, 18 und 17) stehen einstweilen noch leer. Hier wird die retrospektive Landschaftsausstellung ihren Platz erhalten; deren Eröffnung soll am 11. Juni stattfinden.

Theater. Im Trianon-Theater finden Donnerstag und Sonnabend Aufführungen von Edmonds Ede's Komödie „Das erste Gebot“ statt. An beiden Osterfeiertagen gelangt abends „Ihr Müßig“ und nachmittags „Die glückliche Waise“ zur Aufführung. — Im Carl-Weiß-Theater geht als Abendvorstellung am Sonn-

abend das Märchen „Rag und Mori“ in Szene, während die Abendvorstellungen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend ausfallen. — Kasino-Theater. In allen Feiertagen finden nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Festvorstellungen statt. — Das Thalia-Theater ist am Donnerstag geschlossen; Freitag findet das bereits angekündigte Konzert statt. — In dem geistlichen Konzert, das am Karfreitag (21. April) abends 8 Uhr im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) durch die Barthelemy-Madrigal-Vereinigung ausgeführt wird, findet der Vorverkauf täglich an den Kassen beider Schiller-Theater sowie im Warenhaus Berthelm statt. Am Karfreitag ist die Kasse des Schiller-Theaters O. von 10<sup>1/2</sup> bis 2 Uhr geöffnet. Die Preise der Plätze sind die im Schiller-Theater üblichen. — Im Metropolis-Theater geht heute, Donnerstag, Karl Haffners gemüthliches dreiatziges Lebensbild mit Gesang „Therese Krone“ (Musik von Adolf Müller) in Szene. Die Hauptrollen Therese Krone, Raimund Sebrö, Korntheuer werden, wie schon früher, von Frigi Mary und den Herren Giampietro, Josephi, Gränsfeld dargestellt. — Apollo-Theater. Heute und am Sonnabend dieser Woche finden zwei Paul Hinderfest-Abende statt, in welchen der Komponist selbst die musikalische Leitung seiner Kompositionen übernehmen wird. Zur Aufführung gelangt: „Ghüwärmchen-Idyll“ aus der Operette „Ephrata“; dann das entzückende Duett aus „Rakris Hochzeit“: „Ob Du mich liebst?“ ferner die Szene des Märchenerzählers aus der Operette „Im Reiche des Indra“ mit dem populären und melodischen Lied „Es war einmal“ Eine ganz eigenartige Neuheit wird an diesen Festabenden vorgeführt, nämlich „Illustrierte Gesänge“ mit einem Auditoriums-Chor. — In Spielplan. In der am heutigen Donnerstag stattfindenden Premiere von Hans Arronges Einakter „Der Bräutigam“ ist die Besetzung folgende: Er: Franz Schönfeld; — Sie: Maria Mallinger; Günther, beider Sohn: H. Lehnert; — Ihre Mutter: Else Trost.

## Gerichts-Zeitung.

Der Roman der Kolonie Granewald.

Eine Art Völs-Prozess beschäftigte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II während eines ganzen Sitzungstages. Unter der Anklage der Verbreitung einer unzüchtigen Schrift bezw. Verleumdung hatten sich der Schriftsteller Julius Karl Fischer und der Verlagsbuchhändler Carl Freund zu verantworten, ersterer als Verfasser, letzterer als Verleger des Romans „Kerberos“. Die Verteidigung für Freund führte Rechtsanwalt Lafsauer. Als Nebenkläger war der Rentier K. aus der Villenkolonie Granewald unter Vorwand des Justizrats Wagner zugelassen. Die Eröffnung des Verfahrens wegen Verleumdung war ursprünglich von der Strafkammer abgelehnt worden, dem diesbezüglichen Antrage wurde aber auf eine Beschwerde des Staatsanwalts stattgegeben. Der Roman spielt in der Kolonie Granewald und schildert das lokale und personale Milieu und die darin auftretenden Personen mit einer Deutlichkeit und Genauigkeit, daß mehrere Bewohner der Kolonie Granewald darin ihr liebtliches Konterfei erkennen zu dürfen glaubten. Insbesondere fühlten sich der Rentier K. und seine Ehefrau durch die Schilderung der als „Blüthner und Frau“ bezeichneten Romanfiguren beleidigt. Der Roman schildert Eheverungen und Intimitäten des Geschlechtslebens der Frau Blüthner und einer als Gräfin Jadviga Weinstka eingeführten heillosigen polnischen Dame. In der Schilderung und Erklärung des Ehebruchs dahin, daß alles von den erregten Nerven der modernen Frau herrührt, wird das Vorliegen der Verbreitung einer unzüchtigen Schrift erbildet. — Der Angeklagte Fischer, ein unzüchtiges Buch geschrieben oder auf die niederen Instinkte spekuliert zu haben. Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Hermann Amandus Schwarz wurde als erster Zeuge vernommen. Er ist ein langjähriger Bewohner der Granewald-Kolonie und stellvertretender Amts- und Gemeindevorsteher. Er bezeugte, daß in dem Roman Vorurteile und Personen der Wirklichkeit geschildert würden. Insbesondere sei in den Romanfiguren Blüthner und Frau des Ehepaars K. unschwer zu erkennen. Er sei geradezu empört darüber gewesen, daß hier eine Frau, auf deren Lebensführung und Familienleben auch nicht der geringste Ruckel ruhe, in einer geradezu schändlichen Weise mitgenommen werde. — Zeuge Rentier K. machte wiederholt seiner Empörung über das, was seiner Ehefrau in dem Romane widerfahren, in drastischer Weise Luft. Auf Befragen des Justizrats Wagner bezeugte der Zeuge Waser, daß Fischer ihm gelegentlich einmal gesagt habe: „Mit Gottes-Hülfe, Schweinereien und Verleumdung ist für einen Schriftsteller immer noch Geld zu verdienen.“ Der Angeklagte bestritt dies und behauptete, daß er nur gesagt habe: Der Staatsanwalt habe in einem Prozeß eine solche Bemerkung gemacht. — Eine Reihe weiterer vernommener Zeugen bestätigte, daß die in dem Romane beschriebenen Personen, insbesondere die der Frau K. ganz deutlich zu erkennen seien. Der Staatsanwalt hielt allerschwerste Verleumdung und Verleumdung für vorliegend und beantragte ein Jahr Gefängnis, Publikationsverbot für den Nebenkläger, Unbrauchbarmachung der Platten und Formen und Verschlagnahme des Buches. Gegen den Angekl. Freund beantragte er selbst die Freisprechung, da diesem bezeugt worden sei, daß er zur kritischen Zeit schwer krank gewesen. — Angekl. Fischer protestierte nochmals gegen die Behauptung, daß er in dem Roman den Nebenkläger und dessen Ehefrau habe zeichnen wollen und berief sich auf die anerkennende Kritik, die der Roman in einigen angeführten Blättern gefunden habe. — Das Urteil lautete gegen Freund auf Freisprechung, gegen Fischer wegen Verleumdung des Nebenklägers K. auf drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof verneinte objektiv das Vorliegen einer unzüchtigen Schrift, hielt aber bei Fischer eine Verleumdung aus § 185 (nicht 187) für vorliegend. Der Angeklagte Fischer wird Revision einlegen.

In dem Kellerwechsel-Prozess wurde gestern der Haftbefehl gegen den Angeklagten Stephan auf Antrag des Rechtsanwalts Siegmann wieder aufgehoben. Die Verhandlung wurde bis Sonnabend vertagt.

## Vermischtes.

Durch einen Eisenbahnzug zerstückelt. Von der Plattform eines Eisenbahnwagens ist in der Nacht zum Mittwoch auf der Bahnstrecke Berlin-Lehrte ein unbekannter Mann, vermutlich ein Auswanderer, abgestürzt. Der Verunglückte befand sich in einem Bogen vierter Klasse des um 11.50 Uhr abends vom Lehrter Bahnhof abgefahrenen, mit Anschlag nach Bremen verkehrenden Personenzuges und betrat, als der Zug aus der Station Rathenow ausfuhr, die Plattform des Waggon. Pflötzlich vernahm die übrigen Fahrgäste einen lauten Ausruf und bemerkten, daß der Passagier von der Plattform verschwunden war. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht und die Strecke abgesperrt. Der Verunglückte wurde nahe der Milower Chauffee zwischen den Schienen aufgefunden. Der Körper des Ueberfahrenen war durch die Räder des Eisenbahnzuges total zerstückelt. Die Personalien des Toten, vermutlich eines russischen Auswanderers, konnten nicht festgestellt werden.

Unschuldig verurteilt. Der Agent Johann Sonnen wurde von der Düsseldorf Strafkammer am 10. Februar vorigen Jahres wegen Urkundenfälschung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. In einem späteren Zivilprozeß ist dann festgestellt worden, daß der in Frage kommende Vertrag echt sei, daß also eine Urkundenfälschung nicht vorliege. Das bebauene Opfer eines Justizirrtums ist bald nach Verhängung der Strafe verstorben. Sonnen hatte noch vor seinem Tode das Wiederaufnahmeverfahren beantragt.

Schiffbruch. Der deutsche Dampfer „Lotte“ aus Danzig erlitt Dienstag an der belgischen Küste Schiffbruch. Die Besatzung wurde gerettet.

Achtung, Vereine! Anfang Mai wird der revidierte Vereinskalender veröffentlicht. Aufnahme finden nur Vereine, die bis zum 28. d. M. unter Angabe von Sitzungstag und Lokal darum nachsuchen.

Allgemeines Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. H. Hamburg), Filiale Berlin VI. Heute, Donnerstag, den 20. April, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Diele, Ackerstr. 123: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur außerordentlichen Generalversammlung. Wahl von vier Beisitzern. Jahrestlicher Bericht wird erörtert.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Ludau. Sitzung Berlin. Heute abend 8<sup>1/2</sup> Uhr, Verammlung beim Genossen Georg Weisandt, Grünstr. 21. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

Berein ehemaliger Gütergüter zur Bekämpfung der Tuberkulose. Am Karfreitag findet eine Herrenpartei nach Göttergötter statt. Treffpunkt 8<sup>1/2</sup> Uhr, Potsdamer Bahnhof (Wannseebahn). Um recht zahlreichen Erscheinens erlucht.

Verband der Freireisenden Deutschlands. Zweigverein Berlin. Verammlung heute, Donnerstag, abends 10 Uhr, bei Weller, Rosenfelderstr. 57. Tagesordnung: Reiseber. Lohnbewegung. Erscheinen notwendig.

## Briefkasten der Redaktion.

Z. 99. Gewerbe-Deputation des Magistrats, Kommissariat für Krankenfassen Berlin, Straßburgerstr. 3/6. — Steinw. Um besten erhalten Sie hierüber Auskunft im Bureau des Holzarbeiter-Verbandes Engelauer 15. — Z. 120 B. 1a. In den Nummern 289 und 292 des Jahrganges 1903 enthalten. 1b. Bei unserer Expedition bestellen. 2a. Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich und in dem Quellenwerk „Statistik des Deutschen Reichs“, Band 111 und 119. 2b. Ja.

### Juristischer Teil.

N. B. 100. Das Bildschadengesetz ist gänzlich unzulänglich. Wer für den durch Schwarz-, Rot-, Gelb- und Damwid oder Rehwild oder Hasenan auf oder an Grundstücken angerichteten Schaden Ersatz verlangt, hat seinen Anspruch bei der für das geschädigte Grundstück zuständigen Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen, nachdem er von der Beschädigung Kenntnis erhalten hat, anzumelden. Dann findet ein Termin zur Ermittlung und Schätzung des Schadens statt. In diesem Termin kann jeder der Beteiligten beantragen, daß die Schätzung des Schadens erst in einem zweiten Termin nach der Ernte abzuhalten sein soll. Das scheint in jedem Falle seitens des Erschädigten beantragt zu sein. Dielem Antrage mußte der Amtsvorsteher stattgeben. Ueber den Verlauf des Ermittlungsverfahrens setzen Sie uns wohl in Kenntnis. — C. N. Ja. — W. J. 82. Sie können unter Schilderung des Sachverhalts Straf-antrag an die Staatsanwaltschaft richten. Durch Stellung dieses Straf-antrages wird die dreimonatliche Antragsfrist gewahrt. Dann können Sie (durch Reklame auf der Polizei usw.) den wirklichen Namen und Adresse des Täters feststellen lassen, um für den Fall, daß Sie auf den Privat-namen verwiesen werden, die Klage dann anstellen zu können. — B. 100. Eine Klage dürfte kaum Aussicht auf Erfolg haben. Ein andererseits Wirt erbt nach dem bürgerlichen Gesetz die Hälfte des Nachlasses seiner Ehefrau und überdies als Voraus die Hochzeitsgeschenke und das für den Haushalt gebrauchte Mobiliar. Was die Frau in der Ehe „gepart“ hatte, wurde in der Regel Eigentum des Mannes. — K. J. 3. Rein. — Nebenkl. 1. In Ihrem Falle ist ein Berechtigungszugnis nicht erforderlich. Das bayerische Recht verleiht zur Erziehung und Besserung der Berechtigten bezieht sich lediglich auf männliche bayerische Staatsangehörige, die in den Landesstellen rechts des Rheins beheimatet sind; auf in der Volk heimathabende Bayern oder auf Nichtbayern, die in Bayern die Ehe schließen, findet das bayerische Sondergesetz (es datiert vom 10. April 1868 und ist durch Novellen vom 23. Februar 1872, 17. März 1892 und Art. 154 des Kaiserlich-Königlichen Reichsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch ergänzt) keine Anwendung. Das für rechts des Rheins beheimatete männliche Bayern erforderliche Berechtigungszugnis ist von der Bezirksverwaltungsbehörde der Heimatgemeinde des Verlobten, das ist in unmittelbarer den Kreisregierungen untergeordneten Stellen vom Magistrat, sonst vom Bezirksamt zu erteilen. 2. Die Geburtsurkunde erhalten Sie durch den Standesbeamten des Ortes, an dem die Person geboren ist. — P. G. Sie sind dienstfähig, haben etwas Anlage zu X-Bienen und zum Bruch, auch ist Ihre Schärfe etwas herabgesetzt. — C. G. 27. Wenden Sie sich an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Kölnischer Park, mit dem Antrage, den Rest nachträglich zum Neben anzubringen. Liegt die Zeit mehr als zwei Jahre zurück, so ist nur noch ein Schadenersatzanspruch möglich. — G. B. Zangernunde. Da mo Manganerung angeordnet ist (§ 100 der Gewerbe-Ordnung), ist der Beitrag obligatorisch, muß also auch von denen, die keine Joinnung wünschen, der Beitrag gezahlt werden. — J. P. 830. Die Ehefrau und die ehelichen Kinder können wegen Alimentenforderungen den Lohn und auch Renten in gesamtter Höhe pfänden lassen. — W. M. 2. Rein. — D. G. 100. Ja. — J. U. 62. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. Verjährung liegt nicht vor. — B. M. 80. Wenden Sie sich an den hiesigen russischen Konsul oder an die Magier Behörde. — Hoffnung. Rein. — C. M. 10. Der juristische Briefkasten und die juristische Sprechstunde ist nicht für Nichtabonementen eingerichtet. Es liegt nicht der geringste Grund dafür vor, daß Sie als ehemaliger Beamter den „Vorwärts“ nicht halten könnten. — H. B. 2. 1. Die Eltern haften für diese Kosten nicht und sollten gegen eine Zahlungsaufforderung reklamieren. Wahrscheinlich ist die Kostenrechnung für den Lohn aufgestellt und dem Vater nur zugestellt. 2. Sollten die Söhne, die Sie den Leuten lassen können, gepfändet werden, so können Sie mit Rücksicht auf Erfolg reklamieren. — W. J. 3a. — Kriecke. In der Regel wird in dem von Ihnen geschilderten Fall weder der eine noch der andere als alimentenpflichtig zu erachten sein. Hat ein Mädchen innerhalb der Empfängniszeit (181. bis 302. Tag vor der Geburt) die Möglichkeit Vater zu werden mehreren gestattet, so ist rechtlich keiner von Ihnen zur Zahlung verpflichtet, es sei denn, daß die Vaterhaft in einer öffentlichen Urkunde (z. B. Gerichtsprotokoll) anerkannt ist. — P. G. 15. Die herrschende Rechtsprechung würde die Strafe für berechtigt erachten. — M. P. 1. Der zweite Teil Ihres Vaters können großjährige Kinder keineswegs widersprechen oder Teilung verlangen. Sie können die Erbchaftsregulierung des Nachlasses ihrer Mutter nicht verlangen, jedoch ist das ohne Einfluß auf den Abschluß der zweiten Ehe. 2. und 3. Für die Erbrechte der Kinder sind die Fragen von Bedeutung: Wann ist die Mutter verstorben? Wo war der erste Ehepartner der Eltern? Lag ein Testament vor? Lag ein Hinterbliebenenvertrag vor? Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Ergänzung nach den angegebenen Richtungen. — Tour 10. Rixdorf. 1. Beratung in Strafsachen gegen ein amtsgerichtliches Erkenntnis ist innerhalb einer Woche nach Verkündung des Urteils einzu legen. Die Einlegung kann zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen. Es genügt aber auch ein Schreiben, das innerhalb der Woche bei dem Gericht eingegangen sein muß, gegen dessen Urteil Berufung eingelegt wird. 2. bis 5. Verjährung liegt nicht vor. Die Bestellung eines Anwalts ist nicht notwendig. Der Einwand der Wahrgenommen berechtigter Interessen greift nicht durch. — J. 21. Die verfallenen Pfänder sind in öffentlicher Auktion zu verkaufen. Die Auktion darf nicht vor Ablauf von 4 Wochen nach dem Verfalltag stattfinden. — J. 2. Sind Gläubiger nicht vorhanden, so können Sie Ihr Eigentum Ihrer Frau (am besten durch einen schriftlichen vom Notar zu beglaubigenden Vertrag) übertragen. Die Uebertragung ist gültig, wenn sie erst gemeint, von Ihnen also tatsächlich auf die Verfügung über die Sachen zugunsten Ihrer Frau verzichtet ist. — M. G. Freiwillich der Invalidenversicherung beitreten können vor Ablauf des 40. Lebensjahres: Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen sowie sonstige Angestellte, deren regelmäßiger Jahresverdienst über 2000 und unter 3000 M. beträgt, ferner Handwerker, Gewerbetreibende sowie sonstige Betriebsunternehmer, die nicht regelmäßig mehr als zwei vericherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, ferner Haus-gewerbetreibende und endlich nur gegen freien Unterhalt Beschäftigte. Diesen Selbstversicherern steht die Wahl der Lohnklasse frei. Sie müssen ganze Einzahlungsarten sich ausstellen lassen und mindestens 40 Mark in innerhalb je zwei Jahren fleben. Durch die Versicherung erwerben Selbstversicherer dieselben Rechte wie Versicherungspflichtige. — J. 2. 15. Sind Erben minderjährig, so kann das Gericht bei der Nachlassregulierung mitsprechen. Zur Nachlassregulierung ist in allen anderen Fällen eine außergerichtliche Verständigung der Erben ausreichend und zweckmäßig. — G. 53. 1. Die Genehmigung zur Vernehmung der Schiedsmänner als Jüngere wird in der Regel verweigert. 2. In der Regel wird lediglich eine mündlich fallende Angabe des Richters als Verleumdung erachtet werden können. — C. Rein. — W. G. 8. Das Patentamt erteilt Ihnen Auskunft. Auch erhalten Sie solche in der Auskunftsstelle des Vorstandes der Patentanwälte, Unter den Linden 18. — M. B. 87. Ist der Vergleich nicht vom Notarnotariatsgericht genehmigt, so ist er unzulässig und können der Vormund und die Mutter auf Zahlung der Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes sich befand. — C. R. 9. Bei Wochenlohn ist auch für die in die Woche fallenden Feiertage zu zahlen. Das Röhre finden Sie S. 166, 167 des in den öffentlichen Verhältnissen ausliegenden „Arbeiterrechts“. — F. B. 21. Sie haben Ertrag des wirklichen Wertes Ihrer Uhr zu verlangen.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 20. April 1905. Kühl und vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich trübem nördlichen Winden.